

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Eingetr. in der Post-Vertheilungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Werbeanzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verlagsredaktion: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 30. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juni eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die Weiterverbreitung des Zentralorgans der Partei nach Kräften thätig zu sein.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 M. für den Monat Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Polizeiliches Anklagemonopol.

Der deutsche Strafprozeß beruht auf dem Anklagemonopol des Staatsanwalts. Er ist der Wächter der Gesetze und wie — die unerheblichen Fälle der Privatklagen ausgenommen — alle in berechtigt, sowie verpflichtet anzuklagen, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt. Diese Pflicht wird das Legalitätsprinzip genannt und ist ein wesentliches Stück des liberalen Katechismus, die nothwendige Ergänzung der Kleinbereichigung zur Anklage, wenn die Strafrechtspflege nicht der Willkür verfallen soll. Deutschland ist seit der Errichtung des Reichs mehr und mehr das klassische Land der Phrase und der Unwahrheit alles öffentlichen Lebens geworden. Die deutsche Bourgeoisie, die das ideale Recht der Erstgeburt längst um ein Einsengericht materieller Vortheile verhandelt hat, vermochte auch nicht ein Stück ihrer eigenen politischen Gesehgebung vor dem Schicksal antiliberaler Handhabung durch die Ausführungsorgane zu retten. So ist auch die Strafprozeß-Ordnung seit ihrem Entstehen in antiliberalen Geiste gehandhabt worden. Und bis zu dem Grade ist der deutschen Bourgeoisie alles Schamgefühl und alles Verständnis zugleich mit dem aufrichtigen Ernst für den liberalen politischen Gedanken abhanden gekommen, daß sie

nicht einmal die Ohrfeigen und Fußtritte gewahrt wird, die sie in ihren eigenen Institutionen empfängt, wenn ihre Gegner mit antiliberalen Mitteln bekämpft werden. Der Liberalismus fordert eine unabhängige Rechtspflege, wie auch wir. Selbst die weitgehendste Abhängigkeit der Rechtspflege von der Willkür läßt sich aber äußerlich mit dem Scheine der Gesehlichkeit überfrachten.

Wie unseren Lesern bekannt ist, hat der Staatsanwalt Schweigger am 18. Mai in dem Prozeß unserer Berliner Partei-Organisationen erklärt: Die Staatsanwaltschaft ist streng objektiv beflissen, dem Geseh Anerkennung zu verschaffen und sie wird gegen andere Parteien ebenso einschreiten, wenn sie in die Lage kommt, sich amtlich mit der Frage zu beschäftigen.

Wir haben keinen Grund, an der persönlichen Aufrichtigkeit des Staatsanwalts, als er diese Worte aussprach, zu zweifeln, aber seine Meinung über die Staatsanwaltschaft als Gesamteinstitut ist für uns doch ganz unverbindlich. Sie widerspricht den Thatsachen. Der Staatsanwalt besitzt alle dem Privatmann in gleicher sozialer Stellung zugänglichen Informationsmittel, gesteigert durch Berufskenntnisse und administrative Macht. Er kommt dem Sinne des Legalitätsprinzips nur dann nach, wenn er sich dieser Mittel vollen Umfangs wirklich bedient und danach handelt.

Benutzt er sie nicht, so wird er allerdings in Fällen nicht einschreiten können, in denen ihn, nach unserer Überzeugung, die aus Benutzung der Mittel entspringende Einsicht zum Einschreiten genöthigt hätte. Dann ist das ganze Legalitätsprinzip aber, selbst wenn äußerlich gewahrt, doch innerlich beseitigt. Denn ein Wächter, der nicht selbst wacht, sondern erst gewacht werden muß, ist überhaupt kein Wächter. Nun weist allerdings der einschränkende Zusatz, die Staatsanwaltschaft werde einschreiten, wenn sie in die Lage komme, sich amtlich mit der Frage zu beschäftigen, auf eine solche das Legalitätsprinzip inhaltlich völlig aufhebende und entwerthende Auffassung hin. Seit Jahren unter den Augen der Staatsanwaltschaft haben dieselben Organisationen bestanden, die jetzt nach Meinung derselben Staatsanwaltschaft das preussische Vereinsgeseh verlegen.

War unter allen Staatsanwälten Berlins keiner fähig, das, was jedermann, der sich um die Sozialdemokratie kümmern will, aus den allgemein zugänglichen Protokollen, Verhandlungsberichten, Zeitungen und sonstigen Druckfachen mit Beiläufigkeit entnimmt, gleichfalls daraus zu entnehmen? So viel Unfähigkeit ist undenkbar. Wie kam es dann aber, daß erst nach der rettenden That der Köller und Schöne die Staatsanwaltschaft plötzlich aufstand und Anklage erhob? Leider, leider, weil die Staatsanwaltschaften in Deutsch-

land mehr von der Polizei beeinflusst werden, als gut ist. Seit Einleitung des Prozeßverfahrens gegen unsere Organisationen ist auf die analogen Verhältnisse in anderen Parteien, auf den Bund der Landwirthe, auf die Kriegervereine öffentlich hingewiesen worden, in der Verhandlung selbst ist aus dem Korrespondenzblatt des Bundes der Landwirthe ein entscheidender Passus über dessen Zweigorganisation verlesen worden, jetzt stimmt nahezu die ganze Presse darin überein, daß jede zusammenhängende Parteiorganisation vom Boden des Vereinsgesehes aus angreifbar ist. Gesehen ist aber bisher nichts, und wenn Staatsanwalt Schweigger erklärt, er werde Material gegen andere Parteien dankbar entgegennehmen, so scheint es, daß er thatsächlich vermeint, erst dann in der Lage zu sein, sich amtlich mit der Frage zu beschäftigen, wenn ihm eine Denunziation vorliegt oder die Polizei selbständig vorgeht. Denunzieren ist nicht nach jedermanns Gesehmack, auch — abgesehen von der Offenbarung geheimer Vorgänge — neben dem Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft gesehgeberisch nur als Nebenbehelf gedacht. Faßt die Staatsanwaltschaft ihre Pflichten so auf, wie es aus dem oben angeführten ist, dann hängt alles davon ab, ob der Polizei ein gewisses Einschreiten konvenirt oder nicht, und inwieweit es ihren Organen beliebt, Ausfage zu machen oder sich hinter die Nebel des Amtsgeheimnisses zu verstecken. Sie ist durch keinerlei gesehliches Prinzip gebunden, ihre Erwägungen dienen einer Zweckmäßigkeit, die außerhalb des Rahmens der Rechtspflege liegt, ihre außeramtlichen Handlungen sind häufig schufstige Subjekte oder dumme Teufel. Fällt das Anklagemonopol in ihre Hände, so geschieht der Idee des Rechtsstaats stärker Abbruch als durch die schönste theoretische Fassade der Strafprozeß-Ordnung ausgeglichen werden kann; Staatsanwalt und Richter sinken im Ansehen, und das feinere Rechtsgefühl sieht in den gerichtlichen Vorgängen nicht sowohl die Angeklagten als ein hassenswerthes System gerichtet. Das bisherige Verhalten der bürgerlichen Parteien zur Strafprozeß-Novelle hat gezeigt, wie gering auf ihrer Seite die Empfindung und Widerstandsfähigkeit gegenüber den von der Regierung geplanten antiliberalen Verschärfungen ist. Wir geben uns daher auch nicht der Illusion hin, als vermöchten wir die Bourgeoisie ob dieses Prozeßes aus ihrer Stumpfheit aufzurütteln, gedenken aber des Goethe'schen Spruchs:

Du wirkst nicht, Alles bleibt so stumpf,
Sei guter Dinge!
Der Stein im Sumpf
Macht keine Ringe.

88

Tene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Im Streicher-Hof war der eifrigste Dengeler Sacher, der Kleinrecht. Jeden Abend suchte er sich einen anderen Platz, in den er das spitze Fußende seines Dengelstockes stieß, und dengelte nach Verzeihung; bald nur leise antippend mit der spitzen Seite des Hammers, als wäre die Sense ein fühlendes Wesen, bald wieder zuschmetternd mit dem Hammerkopf, als wollte er Sense und Dengelstock in den Erdboden schlagen. Und am anderen Tage jammerte er beim Hauen doch wieder alle fünf Minuten, daß seine Kruspel-Sense schon wieder nicht schneide, riß den Wehstein aus dem hohlen Horn, das er sich vor den Bauch gebunden hatte, und strich darauf los, daß die Funken sprühten.

Weim Gerstenhauen griff auch Tene zur Sense. Sie merkte bald, daß die Arbeit mit dem vierzinkigen „Gerst“ schwieriger sei als Grasmähen mit der blanken Sense. Wenn das Gras hoch war und dicht stand und der Thau auf ihm lag, mußte man sich ja auch gehörig anstemmen, um den Stahl gleichmäßig durchzudrücken, daß keine Schöpfe stehen blieben. Aber das Hantieren mit dem Gerüst war doch noch schwieriger. Schon die Stellung des Körpers war eine andere. Die schweren Holzgelenke zogen die Sense nach vorn, und im letzten Augenblick mußte man der Sense einen Ruck geben, damit die gebogenen Holzstäbe des Gerüsts die abgesehntenen Halme frei gaben und gleichmäßig neben die bereits liegenden Schwaben fallen ließen. Dieser Ruck wollte Tene lange nicht gelingen, bis der gutmüthige Tagelöhner hinter sie trat, seine auf ihre Hände legte und ihr den Vortheil klar machte.

Als die Garben in „Mandeln“ und „Puppen“ aufgestellt wurden, erschien auch der Bauer einigemal auf den Feldern. Er schien ausgeräumter zu sein als sonst, klopfte bei dem einen Erntewagen einem Ochsen auf die Stirn, nahm Tene, welche mit einer Gabel dem auf dem Wagen knieenden Tagelöhner die Garben hinaufreichte, eine trahende Gerstenähre aus dem Naden, fragte den Großknecht, ob Hoffnung sei, daß auch das Wetter aushalte. Ab und zu zerbis-

er auch probirend ein Gerstenkorn, nahm eine Aehre und zählte die Körner. War die Prüfung nach seinen Hoffnungen ausgefallen, dann schickte er wohl auch seinen Leuten ein Häßchen Bier auf die Felber hinaus, oder wies sie an, auf seine Rechnung ein solches aus dem Wirthshause holen zu lassen.

Die Ernte war noch nicht vollständig herein, begann schon das Dreschen. Bis in die Nacht hinein rasselte und ratterte die Maschine, jede Stunde wurde ein frisches Paar Ochsen eingespannt, der halbe Hofraum war mit Strohbüscheln verlichtet. Jeden Tag fuhr der Bauer mit Getreide zur Stadt, spät am Abend lehrte er wieder. Manchmal war er gut aufgelegt und prahlte seinen Leuten etwas vor, oft war er noch am anderen Morgen nicht nüchtern, schlief in den hellen Tag hinein und schnauzte und schurzte jeden an, der ihm in den Weg kam. Der letztere Zustand wurde bald der vorherrschende. Nicht einmal mit seiner Mutter vertrug sich der Streicher mehr.

Vor der Kartoffelernte kam einmal eine sonderbare Gestalt in den Hof, ein schwächlicher Ding mit ganz verworrenem Gesicht, wasserblauen Augen, einem spitz zulaufenden Kopf, über den eine Kindermütze mit Ohrläppchen gebunden war.

„Da — da — da — Kram-Gial is da ... Ha — ha — hab's nix zu machen! ...“

Er huckte zwei alte Spinnräder vom Rücken, setzte sich auf die Bank neben der Hühnersteige und blickte erwartungsvoll von einem zum andern. Es war etwas vor dem Abendessen, die Diensthoten saßen in der Stube umher, am Ofen bräute Tene Trankfutter für die Kühe und Kalben auf. Als der Fremde seinen Spruch gesagt, lachte 's Waberl hell auf und umklammerte mit beiden Armen die Ofenstange.

„Jesas! Da Kram-Gial! ... Da Kram-Gial! Da Spinnrad-Dokta!“

Die Anderen schmunzelten, einige kannten den Halb-narren, die übrigen hatten von ihm gehört.

„Na, Kram-Gial, wo kimmst denn her?“

„Von — von — von ab'rall her ... Von Boy-boy-bogon, von Sackhen und von Kreu-preußen!“

„Kram-Gial, Du lägst ja!“

„Soll kann — kann — kann ich net ... Hab's a alts Radl?“

„Kram-Gial, möcht'st D' heirath'n? ...“

Die Ohren des Angesprochenen bewegten sich unter der Mütze. Eifrig nickte er.

„Kram-Gial, wen möcht'st denn von uns? Epper mich?“

„Krähle 's Waberl und krämmte sich vor Bergnügen. Der Spinnrad-Doktor blickte in die Runde, erhob sich und schoß wie ein Pfeil auf Tene zu, die beide Hände im Futtertsack stecken hatte. Sie schlug mit dem Fuße aus, er erwachte sie aber doch beim Kopfe und stotterte mit beiserer Stimme:

„Di-Di-Dich möcht i. Du bi-bi-bist die Schönste!“

Die Freunde der Anderen schlug in hellem Jubel aus. Auch die Wirthschafterin mischte sich drein.

„Tos glaub i Dir, Du Strid, daß D' die Tene möcht'st ... Aber was thät'st D' denn, wenn sie Dich a möcht'!“

„Affa thät'n mit hei-hei-heirathen 'samm! ... Ich ma-ma-machet halt an Ban-Ban-Bandelkram af ... Lauter weiße Wandla und Schnür'n und Knö-Knö-Knöpf, und Hasteln und Radl-Radl-Radlbüchsein. Ja ... Und i hab schon Geld ...“

„Na, wie is Moibl?“ that die Wirthschafterin ganz ernst: „Willst anbeissen?“

Tene gab keine Antwort. Sie hätte dem dummen Tölpel mit den nassen Händen ins Gesicht fahren können. Es war das erste Mal, daß man sich auf ihre Kosten lustig machte. Und mit so einem grauslichen Ding! Und als nun gar 's Waberl schrie:

„Jesas, Leut und Kiuda, da hat ja d' Tene auf einmal an Eschamstara und an reich'n a nu“, da konnte sich das erbohte Mädchen nicht mehr halten, es ließ das Schaff fahren und sprang zur Thür hinaus.

Der Kram-Gial erhielt etwas zum Essen und ein Spinnrad zum Ausbessern. Als er das Pföhl hinabging, kam der Bauer. Er gab dem Halbblöden einen Fußtritt, daß er taumelte, und brüllte:

„Schau'st daß D' weiter kimmst, Du Unglücksträh!“

„Was hast D' auf meinem Hof 's schaffen?“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. Mai.

In dem Prozeß Schulze-Bading, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Druckers für den Inhalt von Druckaufträgen vermittelt des Eventualbolus einbürgern sollte, ist jetzt das Erkenntnis des zum zweiten Male als Revisionsinstanz angerufenen Reichsgerichts publiziert worden. Es wird dadurch das Urteil gegen Schulze bestätigt, gegen Bading aufgehoben und zu neuerlicher Verhandlung an das Landgericht II verwiesen. Da wir die Verhandlungen selbst bereits besprochen haben, lassen wir hier nur den Wortlaut des auf den Drucker Bading bezüglichen Theiles des Erkenntnisses folgen:

Dem Angeklagten Bading ist nach den Urteilsgründen eine gleiche Kenntnis von dem Inhalt des Blattes wie dem Angeklagten Schulze nicht nachgewiesen; er wußte vielmehr nur, daß von den in den Jahren 1893 und 1894 ebenfalls von ihm gedruckten „rothen Nummern“ wenigstens diejenige vom Jahre 1893 mit Beschlag belegt und unter Anklage gestellt war, welche jedoch zur Freisprechung geführt hatte, daß ferner das ihm aus früherer Verwendung bekannte Titelbild („Brandfadenbild“) wiederum verwendet werden und daß die zu druckende neue „rothe Nummer“ wieder zum 18. März erscheinen sollte. Daß diese Wissenschaft zu der Zeit vorhanden war, als der Angeklagte Bading von seinem zur Entgegennahme von Druckaufträgen bevollmächtigten Faktor Rosen über die beabsichtigte Herausgabe einer neuen rothen Nummer Mitteilung erhielt, die von Rosen für den Angeklagten Schulze aufgestellte Kalkulation billigte und „alles weitere dem Rosen überließ“, kann nach der Fassung der Urteilsgründe nicht zweifelhaft sein. Aus jener Kenntnis aber hat der Vorderrichter weiter gefolgert, daß der Angeklagte Bading gegenüber der Möglichkeit, daß zu druckende Flugblatt könne einen Inhalt haben, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander anreize, sich nicht etwa bloß passiv und gleichgültig verhalten, sondern diesen möglicherweise eintretenden Erfolg auch seinerseits gewollt und im Sinne dieser Willensrichtung gehandelt habe, um den Erfolg gegebenenfalls herbeizuführen. Was die Revision hiergegen vordringt, richtet sich lediglich gegen die tatsächliche Feststellung, welche der Vorderrichter eingehend begründet, sodas auch hier die Bläse einer Verletzung des § 377 Ziffer 7 der Strafprozessordnung entfällt. Der Wille des Angeklagten aber, wie ihn die Urteilsgründe feststellen, erfüllt den zur Anwendung des § 190 des Strafgesetzbuchs erforderlichen Vorbehalt. (Entscheidungen des Reichsgerichts Band 9 Seite 419.)

Mit recht dagegen wird von der Revision gerügt, daß es an einer ausreichenden Begründung für die Annahme fehle, der Angeklagte Bading habe seinerseits den Thatbestand des § 190 a. a. O. im vollen Umfange verwirklicht. Daß ein unter § 47 des Strafgesetzbuchs fallende gemeinschaftliche Ausübung der That vorliege, stellt der Vorderrichter nicht fest; er spricht vielmehr am Schlusse der Urteilsgründe aus, daß die Angeklagten „ein jeder für sich“ zu Gewaltthätigkeiten angezogen seien. Als Alleinthatler kann aber nur derjenige verurtheilt werden, in dessen Person sämtliche Thatbestandsmerkmale des Delikts zusammentreffen. Zu diesen gehört im Falle des § 190 des Strafgesetzbuchs auch die Oeffentlichkeit der Ausübung und diese war erst mit der Veröffentlichung des Flugblatts gegeben. Nach den getroffenen Feststellungen hat aber die Thätigkeit des Angeklagten lediglich darin bestanden, daß er die Herstellung des Flugblatts in seiner Druckerei dem Ansuchen des Mitangeklagten Schulze gemäß billigte. Inwiefern über diese Thätigkeit hinaus dem Angeklagten Bading auch die durch den Angeklagten Schulze allein bewirkte Veröffentlichung des Flugblatts als eigene Handlung zugerechnet werden könnte, lassen die Urteilsgründe nicht erkennen, sodas die Annahme eines Rechtsirrtums bei Feststellung der selbständigen Thätigkeit des Angeklagten Bading unabweisbar erscheint. In Aufhebung dieses Angeklagten mußte hiernach die Aufhebung des angefochtenen Urtheils gemäß §§ 393, 394 Absatz 2 der Strafprozessordnung erfolgen, während die Revision des Angeklagten Schulze, wie geschehen, zu verwerfen war.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Aachen ist am Donnerstag Abend noch geschlossen worden. In vier Tagen ist das reichhaltige Pensum abgewickelt worden, zu dessen Erledigung Hr. Burt acht Tage nöthig zu haben glaubte. Einen besseren Beweis für die Klärung der Ansichten unter den Angehörigen der verschiedenen Länder für die fortschreitende Erkenntnis dessen, was allen Arbeitern frommt, kann es gar nicht geben als diese rasche und sichere Erledigung der Tagesordnung. Und was hervorgehoben zu werden verdient, diese Einmüthigkeit der Anschauung, diese Gleichheit der Gesinnung unter allen Theilnehmern, wurde besonders stark immer von den Engländern betont, derjenigen Nation, die man am weitesten entfernt von den internationalen Ideen des Sozialismus hinstellen beifallen gewesen ist. Den Unternehmerblättern im Rheinlande ist dieses Ergebnis des Kongresses natürlich recht wenig angenehm, sie machen ihrem Werge in Schimpfereien oder fast höhrenden Artikeln Luft. Dies ändert aber nichts an der großen Bedeutung des Kongresses.

Die Intrigen der Chartered Company gegen die Unabhängigkeit der Republik Transvaal sind durch die in Pretoria erfolgten Veröffentlichungen der bei Jameson gefundenen Depeschen und sonstiger Aktenstücke so klar gestellt worden, daß die Ableugnungsversuche, mit denen Rhodes und seine Spießgesellen anfangs erfolgreich operirt hatten, nicht mehr fruchten. Da sind denn die Macher der Chartered Company auf ein anderes Auskunftsmittel verfallen, durch das sie ihr erschüttertes Ansehen wenigstens bei dem chauvinistischen Theile des englischen Volkes wieder herzustellen hoffen.

In dem englischen Monatsblatt „Nineteenth Century“ veröffentlicht Herr Seymour Forst, der Vertrauensmann des Cecil Rhodes, einen Artikel, wonach der wahre Beweggrund für den Einfall Jameson's der war, daß Rhodes wußte (s), Präsident Krüger sei in geheimes Einvernehmen mit Deutschland getreten. Das habe Rhodes wider Willen (!) veranlaßt, jede weitere versöhnliche Politik gegenüber Transvaal aufzugeben, die Revolution in Johannesburg zu betreiben und Jameson's Plan für das Vorrücken auf Pretoria zu genehmigen. Forst erklärt, ein Hauptzweck Jameson's war, den dokumentarischen Beweis jener geheimen Allianz zu erlangen (H), welcher, wie zuverlässig verlautete, im Besitze Krüger's war. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, die unabhängige holländische Regierung zu stürzen, sondern es habe sich lediglich darum gehandelt, Deutschland an der Erlangung einer vorherrschenden politischen Stellung in Transvaal zu verhindern.

Wenn derartige Behauptungen auch nur mit einer Spur dokumentarischer Beweise gestützt worden wären, könnte man sie ernsthaft behandeln. Sie klingen aber so absurd, daß sie den Eindruck machen, als sollten sie das Gerippe zu einer Offenbach'schen Operette abgeben. Man denke nur: Der Premierminister der Kapkolonie und Leiter einer Kolonialgesellschaft soll einen bewaffneten Einfall in einen benachbarten Staat und eine Revolution in demselben nur deshalb geplant haben, um eines von der Regierung dieses Staates heimlich mit einem anderen Staate abgeschlossenen Bündnisvertrages habhaft zu werden!

In Südafrika selbst wird diese Räubergeschichte auch schwerlich etwas anderes als Heiterkeit erwecken. Das Kapparlament beschäftigt sich wenigstens sehr ernsthaft mit dem Jameson'schen Zuge. Es lehnte zwar den Antrag Merriman, den Freibrief der Südafrika-Gesellschaft einzuziehen, ab, ebenso das Amendement des Oppositionsführers Junes, daß die englische Regierung Rhodessia übernehmen solle. Sodann wurde aber ein Amendement Schreiner angenommen, die englische Regierung zu ersuchen, eine eingehende Untersuchung betreffend den Einfall Jameson's anzustellen und wirksame Maßregeln für die zukünftige Verwaltung von Rhodessia zu treffen. Das Amendement schlägt des weiteren die Einsetzung einer aus dem Hause gewählten Kommission vor, um zu untersuchen, wie weit die Kapkolonie bei den Vorbereitungen zu dem Einfall Jameson's in betracht gekommen sei.

Deutsches Reich.

Aus den Verhandlungen des evangelischen sozialen Kongresses in Stuttgart heben wir hervor, was der Prediger v. Soden (Berlin) über „die soziale Wirksamkeit der im Amte stehenden Geistlichen, ihr Recht und ihre Grenzen“ sagte. Nach der „Frankfurter Zeitung“ führte der Redner aus, daß an die Kirche die Pflicht herantritt, sich schließlic zu machen, wie sie der sozialen Frage gegenüberzutreten habe. Die einen wollen über die Kirche zur Tagesordnung übergehen, weil diese sich nicht mit den sozialen Fragen beschäftige, die anderen schreien nach der Polizei, wenn ein Geistlicher den Mund aufthue in öffentlichen Dingen. Andere befürchten, daß das kirchliche Amt Schaden leide. Der bekannte Erzbischof des Oberkirchenraths habe mehr geschadet als genützt. Auf das Telegramm des Kaisers übergehend, verurtheilt der Redner in scharfer Weise das Gebahren Stumm's, der eine schwere Verantwortlichkeit auf sich lade, indem er die Autorität des Kaisers herabziehe in den Parteikampfe und zu diesem Zwecke auch das göttliche Recht für die Oeffentlichkeit bestimmte Telegramm publizirt habe. Weil man an einem Kaiserwort nicht drehen und deuten soll und weil Niemand weiß, was der Kaiser unter Christlich-sozial meint, so unterläßt es Redner, eine Kritik zu versuchen. Er erörtert jetzt die Frage: Hat die Kirche eine Pflicht, in der sozialen Frage etwas zu thun, und welche? Die Kirche, genommen nicht als staatsartiges Gebilde, sondern als ideale Gemeinschaft der Gläubigen. Der Geistliche hat aber zu fragen nicht nach dem, was das konkrete Kirchengebilde will, sondern was die ideale Kirche will. Im Verlauf dieser Erörterungen bemerkt der Redner, daß der Sozialdemokratie eigentlich ein religiöser Gedanke zu Grunde liege, sie geht von den tiefsten religiösen Empfindungen, der Selbständigkeit, der Gerechtigkeit, dem Mitleiden aus. Es sei auffallend, daß so viele Geistliche sich an der feilscherlichen Thätigkeit nicht genügen lassen; das beruhe auf der Thatsache, daß die Predigt nicht im Stande sei, das goldene Kalb zu stürzen. Wir haben es heute auch nicht mehr mit Menschen zu thun, die sich protegiren und bevorzugen lassen; wir müssen ihren Gedanken nachdenken, sie zu beeinflussen suchen, daß sie sich selbst helfen. Es giebt heute noch einen Standpunkt, der sagt, die Masse könne nicht selbständig werden, sie muß patronisirt werden. So dachten auch die Menschen, Christus aber dachte anders, er glaube an die Entwicklungsfähigkeit der Menschen. Demen, die selbständig werden wollen, sollen wir freudig entgegenkommen, wie eine Mutter sich freut, wenn ihr Kind gehen kann. Ein Erlass des Vorstandes des Verbandes deutscher Pfarvereine stelle eine Lösung aller sozialen Schwierigkeiten dann in Aussicht, wenn alle fromm und schließlich selig werden. (Weiterkeit.) Alle diese Trostreden aber führen dahin, daß die Ausübung der Seelsofge allein nicht zum Ziele führe. Die Kirche habe auch von Anfang an soziale Bindungen im Staate angestrebt und durchgeführt, von Moses an bis Luther. Wer weiß nicht, wie das soziale Leben auf das Volk einwirkte! Glend erzeugt Sünde, ungerechte Ordnungen erschüttern die Bruderliebe und das Vertrauen zu Gott. Was der Mangel des Sonntags, des Familienlebens, gesunder Wohnungsverhältnisse bedeuten, darauf braucht man nicht einzugehen. Nicht nur die individuelle, sondern auch die soziale Sünde ist zu bekämpfen. Wenn die Kirche sich mit der sozialen Frage nicht beschäftige, so darf sie auch nicht eine Vertheiligerin der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sein. (Sehr richtig.) Ferner: Darf der Geistliche erklären, der Himmel auf Erden ist eine Utopie, so muß man ihm auch zugestehen, daß er hilft, daß es besser werde. Wenn der Erlass des Oberkirchenraths sagt: daß die soziale Gestaltung auf Gottes Reichthum beruhe und daß der Drang der unteren Volksklassen nach Besserung dem Reich und der Genußsucht entspringen sind, das ist schändlich, daß das gesagt ist, daß ist soziale Brunnenvergiftung. (Stürmischer Beifall.) Wenn man den Armen zur Sparfamkeit verweist, was soll man sparen von 2 1/2 M. wöchentlichen Verdienst, wie ihn die Berliner Konfektionsarbeiterinnen theilweise haben.

Für mancherliche Grundfälle in Sachen der Sozialpolitik tritt nun auch die hochkonservative „Schlesische Zeitung“ ein. Sie schreibt: „Für das Publikum ist es aber von größtem Interesse, zu wissen, ob auch nach seinem (Rottenburg's) Ausscheiden in der Reichsregierung noch eine sozialpolitische Anschauung walte, noch der schließlic das gesammte Erwerbsleben unter Polizeiaufsicht gestellt werden würde.“

Eugen Richter hat alle Ursache zu triumphiren. National-liberale, Reichsparteiler und Deutsch-konservative folgen nun der Fahne der „freien“ Ausbeutung der Arbeiter, die er in allen Stürmen, die über seine Partei gerast sind, stets hoch gehalten hat.

Ein Opfer des Zuchthaus! Wie der „Deutschen Berg- und Hüttenmännischen Zeitung“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, hat sich die Krankheit des Genossen Johann Meyer vom Essener Rheindeserprozeß derart verschlimmert, daß der Arzt alle Hoffnung aufgegeben hat! Das Aussehen unseres Freundes soll fürchterlich sein, seine Züge seien bis zur Unkenntlichkeit entstellte. Wie der Aufsichtsbearbeiter dem Gewähmann des Bergarbeiterblattes sagte, habe man im Hammer Zuchthaus noch nie einen solchen Menschen gehabt, wie Meyer. Er gebärde sich ganz sonderlich und könne sich durchaus nicht in sein Schicksal finden. Aus ist das erklärlich. Ein Mensch, mit einem Gefühl für Freiheit, wie unser Freund, wird sich nicht behaglich fühlen hinter Kerkermauern. Besonders nicht, wenn er selbst und Tausende mit ihm, von seiner Unschuld überzeugt ist! Johann Meyer wird also nach ärztlicher Aussage das Zuchthaus nicht mehr lebend verlassen. Unschuldig, nach unserer persönlichen seltensesten Ansicht, wird er in der Schnur nach der Freiheit zu grunde gehen. Ein Opfer des Zuchthaus, das aber, sollten die Befürchtungen sich bewahrheiten, dennoch, trotz seines Sterbens im entehrenden Zuchthaus, mehr die Achtung seiner Mitmenschen mit ins Grab nimmt, wie so mancher „Eugendbaste“, „Hochmoralische“, der auf welchem Pfahl inmitten seiner Familie und vielerwählgenden Freunde, den letzten Athemzug thut.

Gotha, 29. Mai. Der Landtag beschloß mit 8 gegen 7 Stimmen, die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Wolff wegen Unrichtigkeiten bei der Aufstellung der Wählerlisten für ungültig zu erklären.

München, 28. Mai. Die „Münchener Freie Presse“ verzeichnet folgendes Resultat der Ausbacher Reichstagswahl: Konrad (Volkspartei) 2718, Trotisch (liberal) 1804, Gufnagel

(konservativ) 3590 und Baumeister (Sozialdemokrat) 1809 Stimmen. Eine Stichwahl zwischen Gufnagel und Konrad ist zweifellos.

München, 28. Mai. Dem Landtage ist eine Nachtragsforderung zugegangen, nach welcher 65 000 M. einmalige Ausgaben zur Förderung der Perdezzucht gefordert werden. Der Petitionsausschuß der Kammer der Abgeordneten hat heute mit 11 gegen 9 Stimmen die Petition um Zulassung der Feuerbestattung nach längerer Debatte zurückgewiesen, da ein Bedürfnis für die Errichtung von Krematorien in Bayern nicht vorliege.

In Sachen des Lieutenant Berther, dem der Afrikareisende Eugen Wolf nachsagte, er habe in Afrika allerhand Barbareien sich zu schulden kommen lassen und sei deshalb nicht geeignet, das ihm zugeordnete Kommando einer Expedition zu übernehmen, verurtheilt der Vater des Beschuldigten eine Erklärung, in der es heißt: „Die Behauptungen des Herrn Wolf wurden bereits vor Jahr und Tag, zufolge seiner Denunziation bei dem damaligen Gouverneur Herrn von Scheele, einer amtlichen Untersuchung in Berlin unterworfen und als haltlos erkannt.“ Das „Tageblatt“ bespricht, daß diese Verurteilung den Thatsachen entspricht.

Oesterreich.

Wien, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die gesammten Steuerreform-Gesetze, ebenso in zweiter und dritter Lesung den Gesetzesentwurf auf Herabsetzung des Wahlzensus von 5 auf 4 Gulden an und lehnte den Minoritätsantrag auf Herabsetzung des Wahlzensus auf 3 Gulden ab.

Damit sind im wesentlichen die Aufgaben des Abgeordnetenhauses erledigt, so daß Graf Baden bald an die Auflösung des Parlamentes gehen kann.

Wien, 29. Mai. Der Gemeinderath wählte heute weitere 7 Antiliberale zu Stadträthen und schritt sodann zur Wahl von 6 Stadträthen an stelle der gestern gewählten Liberalen, welche die Wahl abgelehnt haben.

Die Antisemiten hatten sich bei der Besetzung der Stadtrathsstellen sehr intolerant gezeigt. Nachdem die Liberalen mit den ihnen zugewiesenen 6 von den 30 Stadtrathsstellen sich einverstanden erklärt hatten, weigerten sich die Antisemiten, für einen der sechs von den Liberalen vorgeschlagenen Kandidaten zu stimmen, weil derselbe Jude war. Die Liberalen verzichteten hierauf auf die Vertretung im Stadtrath.

Ueber die Arbeiterermehrung in Dörffel bei Reichenberg interpellirten im österreichischen Abgeordnetenhaus, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, die Abgeordneten Raizl und Bernerstorfer. Professor Raizl bezeichnete es als eine schreiende Anomalie, wenn zur Erreichung des Zweckes eines geordneten Zusammenlebens der Staatsbürger das Leben von Staatsbürgern zum Opfer gebracht werden muß. Das hochentwickelte nordböhmische Industriegebiet ist durch eine ausgezeichnete Organisation der Unternehmerschaft bemerkbar. In der dortigen Weberei Lederer u. Wolf hatten die Arbeiter anlässlich des 1. Mai in größerer Anzahl den Tag der Arbeiterschaft mitgefeiert und wurden insolge dessen, wie die Verabredung der organisierten Unternehmer vorschrieb, auf 10 Tage von der Arbeit ausgeschlossen, das heißt mit 10 Hafttagen bestraft. Dann sollten sie wieder aufgenommen werden; die Firma benutzte jedoch diesen Umstand, um elf Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt nicht wieder aufzunehmen. Infolge dessen kam es zu einem Ausstande, der sich etwa seit dem 12. Mai bis heute fortzieht. Die Behörden sind in diesem Industriebezirke noch sehr weit davon entfernt, die Arbeitererschaft sowie die Unternehmerschaft als gleichberechtigt anzusehen. Es sieht bis jetzt noch ein Arbeiter in Gefangnis, der einfach auf die Denunziation von zwei Arbeiterinnen bei der Leitung der Fabrik hin in Haft genommen wurde und bereits seit dem 17. oder 18. d. M. in Haft behalten wird, ohne daß mit ihm ein Verhör vorgenommen wurde. Lange Zeit sind während des Ausstandes irgend welche Ruhestörungen in dem sehr dicht bewohnten Bezirk nicht vorgekommen, trotzdem die Behörde durch schroffe Versammlungsverbote eingegriffen hat, die zum Theil so lauten und so motivirt sind, daß man sich an den Kopf greifen und fragen muß, ob man wirklich im Jahre 1896 lebt. Redner tritt einen Erlass der Bezirkshauptmannschaft Reichenberg, der sich auf eine Ministerial-Verordnung vom Jahre 1853 bezieht (Hört! hört! bei den Zuhörern), um Versammlungen der Streikenden zu untersagen, die Polizeistunde für die Gasthäuser der betreffenden Gemeinden mit 8 Uhr abends anzunehmen und jedermann in diesen Gemeinden aufzutragen, von 8 Uhr abends an über die ganze Nacht sich und seine Hausgenossenchaft zu Hause zu halten. Der wesentliche Ausnahmestand wird hier mit einem Federstriche eingeführt. Das Vorgehen der Verwaltungsorgane war nicht ein derartiges, wie es der Respekt vor dem Menschenleben erfordert.

Hg. Bernerstorfer besprach die Verhältnisse in Nordböhmern. Der Unternehmer wird daselbst von den politischen Behörden auf jede Weise favorisirt, der Arbeiter auf jede Weise chikanirt. Nirgends ist das Unternehmertum so bornirt und dünkelsüchtig, wie in Nordböhmern. Diese Leute, von denen ein guter Witz sagt, ihr Patriotismus lenne keine Grenze (Weiterkeit), finden es einfach lächerlich, daß man die Arbeiter wie gleichberechtigte Staatsbürger behandelt. Sind sie doch reich geworden durch den Schweiß und durch das Blut von vielen Tausenden von Menschen. Was liegt ihnen daran, wenn einige Leute niedergeschossen werden. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Man wird doch sagen können, daß die Leute reich geworden sind durch die Arbeit ihrer Arbeiter. Redner bespricht die Vereinbarung der nordböhmischen Unternehmer bezüglich der Raiffeier. Es wird hier ein Terrorismus geübt, den die politische Behörde ganz erlaubt findet. Es ist vorgekommen, daß in der Fabrik Lederer u. Wolf... (Auf auf der äußersten Linken: Das sind Juden!) Sagen Sie das Ihren deutschen nationalen Freunden in Reichenberg, welche die Gelegenheit durchaus nicht benutzten, das jüdische Element bei Lederer u. Wolf hervorzuheben. (Auf auf der äußersten Linken: Dafür sind sie keine Antisemiten.) Ein Beamter sagt in der genannten Fabrik: „Wenn du mit deinem Weibe nicht in die Arbeit kommst, dann wird dein Bruder, der in der Fabrik Werführer ist, entlassen.“ (Hört! hört! auf der äußersten Linken.) Redner bespricht das Vorgehen der politischen Behörde in bezug auf das Versammlungsrecht und beschwert sich darüber, daß in Gablung seit Jahren jede Versammlung verboten werde. Wenn man erzählt, daß die Leute 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 50 kr. wöchentlich verdienen, dann begreift man den Ausschrei der Verzweiflung und begreift, daß Situationen kommen mögen, wo die Leute in thörichter Verbündung sich selbst sagen: Unser Leben ist ja nichts mehr werth. Jene Behörden, welche die politischen Rechte der Bevölkerung einschränken wollen, fördern diese Zunahme des zuchtlosen anarchischen Sinnes in der Bevölkerung. Es mögen doch bezüglich dieser Bezirkshauptleute Untersuchungen gepflogen und sie vor Disziplinargerichte gestellt werden. Redner hätte wieder die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission beantragt, wenn dies nicht ganz aussichtslos wäre. Die nordböhmischen Unternehmer sind Personen ganz besonderen Schlages, die nur dann zufrieden wären, wenn sie das Recht hätten, den Gendarmen kommen und demjenigen, der bei ihnen nicht arbeiten will, das Bajonnet auf die Brust setzen zu lassen. Man möge ja nicht glauben, daß man durch Versammlungsverbote etwas ausrichten kann. Aber freilich, Menschenfleisch und Menschenblut sind in Oesterreich blutig. (Lebhafte Pluse der Entrüstung. Ordnungsruf des Präsidenten.)...

Herr Minister, Präsident! Denken Sie ja nicht vielleicht daran, diese drei Gendarmen, welche Menschen niedergeschossen haben, mit Auszeichnungen zu versehen! Denn die Leute könnten auf die Vermutung kommen, daß in Oesterreich der leichteste Weg zu Auszeichnungen zu kommen, das Töten von Menschen ist. . . (Erneuerte stürmische Rufe der Entrüstung. Rufe: Das ist niederrichtig! Weisfall bei den Junggehehen. Anhaltende Unruhe. Der Präsident ruft den Redner abermals zur Ordnung.) Ein moderner Staat hat heute nur die Wahl, eine organisierte und von der Behörde auch respektierte Sozialdemokratie oder den Anarchismus zu haben; daher werse ich auch heute alle Schuld und Verantwortung für solches vergossene Blut auf die Regierungen in Oesterreich.

Hungarn.

Budapest, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung der Vorlage betreffend die Zulassung der Gerichtsbarkeit über die bei Reichstags-Wahlen vorgelassenen Geseh-widrigkeiten an den Obersten Gerichtshof. Graf Kypsony erklärte, er und seine Parteigenossen würden für die Vorlage stimmen, wenn dieselbe auch nicht alle von ihm gewünschten Garantien für die Wahlfreiheit enthalte. —

Schweiz.

Der Jurer Kantonsrat erledigte in erster Beratung das Gesetz betreffend Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. Wer nicht im Stande ist, ohne Beschränkung des notwendigen Lebensunterhaltes für sich und seine Familie die Kosten eines Zivilprozesses, der Verteidigung, respektive Vertretung in Strafprozessen als Angeklagter, respektive Zivilpartei, oder von gerichtlichen Verfügungen zur Geltendmachung seiner Rechte aufzubringen, hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsbeistand. —

Jürich, 27. Mai. (Sig. Ver.) Das am nächsten Sonntag im Kanton Jürich zur Volksabstimmung gelangende Wirtschaftsgesetz enthält eine Reihe von Neuerungen, die verschiedenen Zwecken dienen. Zunächst werden die Bedingungen erschwert, unter denen das Wirtschaftspatent erworben werden kann. Das Gesetz enthält auch ein Stückchen Arbeiterrecht. Es dürfen Mädchen unter dem zurückgelegten 20. Altersjahr, die nicht zur Familie gehören, nicht ständig zur Bedienung der Gäste verwendet werden, ebenso auch nicht Jünglinge vor dem zurückgelegten 16. Altersjahr. Den Wirtschaftsbetrieben müssen zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens mindestens 8 Stunden ununterbrochene Nachtruhe gewährt werden; es dürfen dieselben somit nach 12 Uhr nachts für keinerlei Dienst in Anspruch genommen werden, wovon jedoch eine Reihe von Ausnahmen statuiert sind. Ferner sind jedem Angestellten wöchentlich einmal mindestens sechs aufeinanderfolgende Stunden zwischen 3 Uhr morgens und 8 Uhr abends freizugeben. Ueber die weiteren zum Schutze der Bediensteten nötigen Anordnungen, worunter namentlich die Anweisung von peribitischen Ruhetagen, erläßt der Regierungsrath eine Verordnung, welche mit den übrigen Schutzbestimmungen in Plakatform in jeder Wirtschaft an leicht sichtbarer Stelle anzuschlagen ist.

Frankreich.

Paris, 29. Mai. Die Vorlage über die Umgestaltung der direkten Steuern nimmt diejenigen französischen Renten von der Besteuerung aus, welche sich im Besitze von im Auslande wohnenden Personen befinden. —

England.

London, 28. Mai. Die englischen Kooperativvereine (Konsum- und Produktiv-Gesellschaften) halten in Woolwich ihren 38. Jahreskongress ab. In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl der Vereine verdoppelt. Sie haben jetzt eine Million Mitglieder. Ihr Kapital beträgt 15 000 000 Pfd. Sterl. Sie legen jährlich 50 000 000 Pfd. Sterl. um. Der Geschäftsumsatz beläuft sich auf 5 000 000 Pfd. Sterl. D. h. also, die Kooperatoren verfügen ihr Kapital mit 3 1/2 pCt. Lord Binchelsea, der den Kongress mit einer Ansprache eröffnete, will das Kooperativsystem in der Landwirtschaft anwenden. Deshalb hat er den Kooperatoren 20 000 Acres aus einer Reihe von Jahren pachtfrei zur Verfügung gestellt. Lord Binchelsea deutete übrigens selbst die Gefahr an, die Kooperativ-Gesellschaften möchten gegen andere außerhalb ihrer Vereine stehende Arbeiter die Grundbesitzer kapitalistischer Produktion anwenden. Eine eigenthümliche Erscheinung ist, daß von der Million Mitglieder der Kooperativvereine nur 40 000 auf London kommen. —

Niederlande.

Haag, 29. Mai. Die zweite Kammer nahm mit 62 gegen 36 Stimmen Artikel 1 des Wahlrechts-Gesetzes, welcher die Wahlberechtigung ausdehnt, an.

Schweden.

Die Verhandlungen des Reichstags drehten sich namentlich um die Stellungnahme zum Generalstreik, für den die Sozialdemokratie eintritt. Es wurde schließlich in der Gesamtversammlung der Vorschlag des Ausschusses angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Leitung der Stimmrechtsvereine wird beauftragt: die höchste Leitung der Wahlagitator zu handhaben, die theils durch öffentliche Aufrufe, Flugblätter, Mittheilungen in der Presse u. dergl. betrieben werden soll, theils durch die Verbindung der interessierten Organisationen und Personen in den verschiedenen Orten, durch Ausübung von Rednern und Agitatoren, durch Veranstaltung von Probenahlen nach allgemeinem Stimmrecht; ferner dadurch, einen baldigen Zusammenschluß aller stimmrechtsfreundlichen Organisationen wahrheitsweise zur Mitwirkung bei der Wahlbewegung herbeizuführen; endlich dadurch, daß der Stimmrechtsverband und seine Zentralkomitee, wenn möglich, in allen Wahlkreisen Wahlvereine und Agitations-Organisationen schaffen, der in ihrem speziellen Gebiet die Wahlbewegung leiten sollen, Wahlversammlungen anordnen, in denen geeignete Kandidaten vorgestellt und interpellirt werden können und in der lokalen Presse agitieren und als Flugblätter zu verbreitende Wahlzirkulare und Stimmrechtszettel vertheilen lassen.

Weiter beschloß der Reichstag die Oberleitung für die Stimmrechtsbewegung mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, was geschehen kann, einer Ehrfurchung der Vertrauensmänner der Stimmrechtsbewegung durch die Arbeitgeber vorzubeugen. Es wurde außerdem die Bewilligung von 5000 Kronen beschloßen für Entsendung von Stimmrechtsrednern.

Der nächste Reichstag findet im Jahre 1899 statt. Sollte es die Leitung für möglich befinden, kann er auch früher einberufen werden. —

Spanien.

Madrid, 29. Mai. Die Regierung hat die Marinekommission ermächtigt, in Genoa zwei Panzerfahrzeuge anzulassen, welche bereits fertiggestellt sind und je 18 Mil. Frank. kosten. Die Vereinigten Staaten von Amerika treffen ebenfalls Anstalten zum Ankauf der Schiffe.

Madrid, 21. Mai. (Sig. Ver.) Die Prüfung der Wahlakten. So schmutzig wie die Wahlhandlung selbst ist, so unrein ist auch die Prüfung der Wahlakten. Es ist die reinste Mohrenwäsche, welche aber von einem guten Erfolg begleitet wird, da alles nach der Diskussion wie jungfräuliche Weiße frischgefallenen Schnees erscheint. Man mag während der Prüfung die schwersten Anschuldigungen über Fälschung, Beeinflussung, Verunstaltung u. s. w. vorbringen, das schadet nichts; denn wenn man sich im Moment auch etwas erhebt, so ist nach geschlossener Debatte doch alles vergessen, und der betreffende Abgeordnete hat ein einwandfreies Mandat in Händen, was ihn berechtigt, wenigstens in seinem Wahlbezirk wie ein Pascha zu regieren.

Am 20. fand die Wahl von Guernica zur Diskussion. Bei der genannten Wahl sind ungeheure Gelder für Stimmkauf verschlungen worden, so daß dieser Umstand selbst hier, wo man an solche Dinge gewöhnt ist, Aufsehen erregte. Nach den amtlich beglaubigten Protesten sieht es fest, daß mehr als tausend Stimmen gekauft wurden und daß man für eine einzelne Stimme bis zu 400 Pesetas oder 320 M. zahlte. Die Liberalen verlangten die Annullirung der Wahl; aber ein konservativer Abgeordneter warf sich zum Verteidiger auf, indem er wörtlich sagte: „Es ist logisch, daß ein Arbeiter seine Stimme für eine Summe verkauft, welche dem Arbeitslohn vieler Tage, an denen er im Schwitze seines Angesichts arbeiten muß, äquivalent ist. Wollt Ihr dem Uebel abhelfen, so hebt das allgemeine Stimmrecht auf, wenn Ihr den Muth dazu habt.“ Noch ein anderer meinte, durch Zahlung von großen Summen könne man wenigstens in etwas die allgemeine Noth lindern. Die Wahl wurde natürlich gutgeheißen und damit der infamste Stimmkauf und der Ignominie des Besitzenden sanktionirt.

Die Diskussion der Wahlen auf Puerto Rico waren für den Kolonialminister Castellanos nicht sehr erfreulich, richtete man doch von jeder Seite die heftigsten Angriffe gegen den genannten Herrn. Es ist nämlich allgemein bekannt, daß genannter Minister besonders auf Puerto Rico die infamste Welterwirtschaft treibt, ja daß selbst halbwüchsige Burschen mit großem Gehalt angestellt sein sollen. Als man nun dem Minister ein lauges Sündenregister vorhielt und ihm die schmutzigste Wahlbeeinflussung vorwarf, wußte er nur mit leeren Redensarten und einem Rotenbüchlein von Unwahrheiten zu antworten, so daß ihm sein liberaler Gegner das Wort Lügner entgegen schleuderte und dies später noch mehrfach wiederholte. Der Minister vermochte nicht zu antworten, so daß der Präsident die Ehrenrettung für ihn übernehmen mußte. Aber diese mißglückte, denn der liberale Abgeordnete schwächte sein Wort nur dahin ab, daß er sagte, der Minister rede die Unwahrheit, und fügte später hinzu, daß ihm (dem Liberalen) in seinem Leben noch nie ein Mensch begegnet sei, der so lech die Unwahrheit zu sagen verstehe, wie der Kolonialminister. Trotz des allgemeinen Protestes der Konservativen behielt der Liberale — ein früherer Minister, Quiquena — das letzte Wort und der Minister ist vor aller Welt als Lügner gebendmarkt; aber das beeinträchtigt seine Ehrenhaftigkeit nicht im allergeringsten.

Von größerer politischer Bedeutung war die Diskussion der kubanischen Wahlen. Mit aller Gewalt wollte die Regierung dieselben für gültig erklären; und man hätte sich auch aus dem lebhaften Protest der Liberalen nicht das allergeringste gemacht, wenn nicht Sagasta im letzten Moment gedroht hätte, auf die Mitwirkung an den Parlamentsverhandlungen zu verzichten, falls man die in hohem Maße ungeschicklichen Wahlen anerkenne. Die Diskussion ist daher bis auf weiteres verschoben; inzwischen wird Sagasta wohl einen Kaufpreis stellen, da die Regierung die Anerkennung der kubanischen Wahlen um jeden Preis will.

Die Wahlen von Madrid sind insgesamt beanstandet worden und werden demnächst einer Spezialdiskussion unterworfen werden; man glaubt allgemein, daß die Wahlen annullirt werden, da die Regierung die Berücksichtigung von Madrid fürchtet. Werden die Madrider Wahlen trotzdem anerkannt, so erscheint ein Aufstand des Volkes unvermeidlich; denn die bisherige Ruhe bedeutet nur ein Abwarten, wie die Dinge sich entwickeln, und ob Sagasta ein Mann von Wort ist. —

Rußland.

Wie der Zar zur Krönung fuhr. Die „Rusische Wochenschrift“ schreibt:

In unseren Händen befindet sich ein interessantes Schriftstück, das den Grad des Vertrauens kennzeichnet, der zwischen dem „angebeteten Monarchen“ und seinen „treu ergebenen Unterthanen“ herrscht. Dies ist „die geheime Instruktion über die Bewachung der kaiserlichen Krönung.“ Wir wollen die hauptsächlichsten Anordnungen, die in diesem Schriftstück enthalten sind, im vollen Umfang anführen. Lange bevor der kaiserliche Zug sich in Bewegung setzt, müssen die Vorkehrungsmassregeln getroffen werden. Die Aufsicht über ihre Durchführung liegt auf der Eisenbahnstrecke in der Hand der Gendarmen, in den an der Strecke liegenden Ortschaften fällt sie der Polizei zu — unter der allgemeinen Aufsicht der Gendarmen. Vor allem ist das Augenmerk darauf zu richten, ob sich nicht etwa unter den bei der Bahn Bediensteten oder in der Nähe der Strecke Wohnenden verdächtige Personen befinden, und gleichzeitige, ob ähnliche Personen nicht zu den obengenannten zureifen. Die Polizei ist verpflichtet, die Pässe zu prüfen, alle in der Nachbarschaft der Strecke Wohnenden persönlich zu kennen, alle Frauen und Mädchen, alle zur Bahnstrecke gehörigen und ihr benachbarten Häuslichkeiten, sowohl die alten als auch die neu errichteten, sowie auch alle Erdarbeiten zu untersuchen. Sobald dann vom Chef des Ueberwachungskorps das Telegramm einlangt, daß die „erste Wache“ auf den Strecken zur Anwendung zu bringen sei, wird das Militär auf die Strecke geschickt. Dieses besetzt den ganzen Raum um die Eisenbahnlinie, wobei an den einzelnen Stellen Posten aufgestellt werden; den Gendarmen und der Polizei aber wird eine besondere Aufmerksamkeit eingeschärft. Sobald der telegraphische Befehl von der Aufstellung der „zweiten Wache“ einlangt, werden die Soldaten auf die Strecke selbst geführt, wo alle wichtigeren Punkte besetzt, Posten aufgestellt und Patrouillen längs der Strecken aufgestellt werden. Die Soldaten bekommen den Auftrag, jede Bewegung der Bahn, jeden Strauch und Stein auszuforschen. Endlich, wenn der telegraphische Befehl von der Aufstellung der „dritten Wache“ einlangt, kurz vor der Ankunft des kaiserlichen Zuges, werden die Soldaten einzeln längs der Strecke aufgestellt. Die Eisenbahnverwaltung giebt an ihre Bediensteten besondere Befehle, ohne die sie auf die Strecke nicht zugelassen werden. Nach dem ersten Telegramm hat jeder den Zutritt zur Strecke; nach dem zweiten nur Personen, die mit Einlaßkarten versehen sind, und nach dem dritten niemand, mit Ausnahme der Wache. Sobald der Soldat, der an der Strecke steht, irgend etwas Verdächtiges bemerkt, hat er sofort einen Läufschuß zu geben, und diesen Läufschuß haben alle Soldaten zu wiederholen, die auf der Strecke in der Richtung zu dem heranommenden Zug aufgestellt sind. Wenn irgend eine Abordnung darum bittet, bei dem Kaiser während der Fahrt vorgefahren zu werden, hat der Gouverneur in eigener Person, nachdem der Kaiser seine Erlaubnis gegeben, die Abordnung auf die Station zu begleiten und den Gendarmen die Personen anzugeben, die diese dann ohne weiteres durchzulassen haben. Der Gouverneur übernimmt die Verantwortung für die Deputation. Bei der Durchfahrt des kaiserlichen Zuges müssen die Gouverneure der an der Bahnlinie liegenden Gouvernements alle Polizeibeamten ihres Verwaltungsbezirkes an die Strecke bringen. Zuschauen (!!) dürfen bei der Durchfahrt des kaiserlichen Zuges bloß die an einem Orte ansässigen Bewohner, und zwar an einer vorher hierzu bestimmten Stelle unter der Aufsicht der Gendarmen, die gehalten ist, alle Anwesenden persönlich zu kennen und alle, die ihr nicht bekannt sind, ungehindert zu entfernen.

Kurz, der Zar fährt mitten unter seinen Unterthanen, wie durch kaum gebändrigtes Feindesland; offenbar weiß er die Liebe seines Volkes richtiger einzuschätzen als seine heimischen und ausländischen Lobhübler. —

Türkei.

Philippopolis, 29. Mai. Hier eingegangenen Meldungen aus Konstantinopel zufolge sind 32 Jüglinge der Militärschule, wie vermutet wird wegen jungtürkischer Umtriebe, verhaftet worden. —

Kretensisches. Eine Note der griechischen Regierung an die Mächte erklärt, daß Griechenland jede Verantwortung

für die Vorgänge auf Kreta von sich weist, da die Pforte sich unfähig erweisen dürfte, die Erneuerung der Wirren zu verhindern. 8000 türkische Soldaten und Irreguläre machten einen vergeblichen Versuch, die in Vamos eingeschlossene türkische Garnison zu befreien.

Die „Times“ melden aus Athen: 2500 Mann türkischer Truppen sind aus Cana, Methymno und Geraklion zusammengezogen und machen verzweifelte Anstrengungen, die 1000 Kretenser, welche sich in Tsivara verschau haben, zu vertreiben, bis jetzt jedoch ohne Erfolg trotz fortgesetzter Beschiesung vom Fort Jzedin aus. Auf die Bitten Turhan Paschas begaben sich die Konstantinopler nach Vamos und drangen in die Belagerer, abzutreten, indem sie ihnen versprachen, daß auch die Truppen aus der Nachbarschaft zurückgezogen werden würden; die Aufständischen ließen sich jedoch auf nichts ein. — Die in Griechenland lebenden Kretenser treffen Vorbereitungen, um nach Kreta zu gehen und thätig an der Bewegung sich zu beteiligen. —

Afrika.

Johannesburg, 27. Mai. Während eines Turnfestes, welches gestern hier stattfand, wollte die Polizei ein Individuum wegen eines geringfügigen Vergehens verhaften. Als die Menge den Verhafteten befreite, entspann sich eine Schlägerei, bei der ein Polizeibeamter den Revolver zog. Die bereitete Polizei wollte vermittelnd eingreifen, wurde aber von der gereizten Menge angegriffen und mißhandelt. Mehrere Personen wurden verwundet, niemand jedoch schwer. Ein Polizeilieutenant befohl der Polizei, sich zurückzuziehen, wodurch ein erster Konflikt vermieden wurde.

Danach scheint die Transvaal-Polizei sich weit besser darauf zu verstehen, die Straßenkonflikte beguligen, als ihre europäischen Kollegen. In Europa wäre wohl meist eingehauen und geschossen worden von den Hütern der Ordnung. —

Amerika.

Rio de Janeiro, 28. Mai. Im Staate Minas kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Bevölkerung. Der Polizeikommandant wurde getödtet und mehrere Personen verwundet. Truppen sind nach dem Thorte entsandt. —

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Im Auftrage des Agitationskomitees in Dortmund unternahm Genosse P. Jahn aus Berlin am 9. Mai eine Agitationstour für Westfalen, die trotz der nicht glücklich gewählten Jahreszeit für Versammlungen, vom besten Erfolg war. Daß es wie üblich dabei nicht ohne polizeiliche Maßregeln abging, zeigte sich bereits in der ersten Versammlung in Hambruch bei Dortmund, wo infolge der Weigerung der Wirthe die Versammlung nicht stattfinden konnte. In Dortmund wurde eine angekündigte Frauenversammlung, die stark besucht war, verboten, weil das Agitationskomitee (3 Personen!) als Verein betrachtet und diese Versammlung also eine politische Vereinsversammlung war!! Trotzdem nun dieses Verbot nach drei Tagen erst dem Genossen Punkte als Einberufer und dem Wirthe des Lokals erst am Vormittag gegen 10 Uhr zugeht, wußte die „Dortmunder Zeitung“ doch bereits in ihrem Abendblatt vom Tage vorher von diesem Verbot zu melden. Da um diese Zeit auch Herr Theodor von Wächter für sich eine Agitationstour in derselben Gegend unternahm, waren zwei Versammlungen in der Nähe von Dortmund dadurch beeinträchtigt, im übrigen aber gut besucht. In Witten, wo in der Gemeinde ein Pastorenstreit ausgebrochen ist, hat Herr Wächter mit Hilfe einer Anzahl Genossen unternommen, eine neue „Christengemeinde“ zu gründen, in gleicher Weise in Hagen und Bochum und Umgebung. In Witten, wo sich Wächter noch als Sozialdemokrat erklärte, obwohl er sich bei Einberufung der Versammlung an alle „Christenmänner“ und „Frauen“ gewandt hatte, trat Jahn ihm unter lebhaftem Beifall der Versammlung entgegen, da es nicht möglich sei, neue Sekt zu gründen, woraus nun W. für sich Kapital zu schlagen sucht unter Bezugnahme auf das Parteiprogramm! — In Lüdenscheid und Essen fanden sehr gut besuchte Versammlungen statt; während in Dortmund und Jserlohn die Frauen aus der Versammlung gewiesen wurden, desgleichen in Hagen, wo die Versammlung aufgelöst wurde aus dem Grunde, daß Jahn die Ausweisung der Frauen durch die Polizei kritisierte, „weil das nicht auf der Tagesordnung steht“!!! Die gegnerischen Blätter, die sonst über alle Versammlungen zu berichten wußten, schwiegen einfach diese Versammlung tot. In Schwelm und Hapse waren die Versammlungen gut besucht, in letzterer wurden auf Veranlassung der Polizei nur genau gezählte 100 Personen zugelassen, auch mußte der Wirthe um 10 Uhr das Lokal schließen. Da die Metallarbeiter und Klempner der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaft in den Tagen nach Pfingsten in Schwelm ihren Verbandstag abhielten, fand aus diesem Anlaß am Dienstag, 26. Mai, eine Versammlung statt, die zu fünf Sechsteln von Sozialdemokraten besucht war. Dem Referenten Herrn Jakob aus Berlin trat Jahn in längeren Ausführungen entgegen, indem er unter stürmischem Beifall der Versammlung den Gewerkschaftern zurief: „Der Sozialdemokratie gehört die Zukunft, aber Sie können sich begraben lassen!“ In gleicher Weise antworteten Genosse Müller und andere. Auf einen solchen Kampf, den sie zwar provoziert, waren die Herren Gewerkschafter nicht vorbereitet, am allerwenigsten der Referent, „ein echtes Berliner Kind“, weshalb ihre „Entgegnungen“ von der Versammlung nur mit Heiterkeit aufgenommen wurden. Als der „Leiter“ der Versammlung, ein Herr aus Nibdorf bei Berlin, Jahn auf wiederholtes Verlangen, nicht mehr das Wort ertheile, vertieken die Genossen einmüthig unter stürmischem Hochrufen auf die Sozialdemokratie das Lokal, die Gewerkschafter, zirka 45 Mann einschließlich der 25 Delegirten, ihrem traurigen Schicksal überlassend. Eine schlimmere Niederlage haben diese Herren seit langen Jahren nicht mehr erlebt, und das noch obendrein im Wahlkreise Hagen-Schwelm, der Hochburg Eugen Richters! Infolge dessen haben hier die Genossen weitere Versammlungen einberufen, in denen Jahn referieren wird.

Ein Programm-Entwurf zur Gründung eines sozialdemokratischen Arbeiter- und Bauernbundes von A. Peener in Chemnitz wird uns zugesandt. Die ganze Auffassung des Verfassers ist eine utopische. Die Forderungen sind aufgestellt, ohne daß der Verfasser erkennen läßt, ob er ihre Durchführung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für möglich hält. Der ganzen Anlage nach müssen wir dies freilich annehmen. Wer sich die Mühe nimmt, Herrn Peener's Programmvoranschlag durchzulesen, wird wohl unsere Meinung theilen, daß er sich an Aufgaben gemacht hat, denen er nicht gewachsen ist. Herrn Peener's Absichten in allen Ehren, wir werden vorderhand noch mit dem Entwurf unserer Programme unfer Auskommen finden. —

Unser bewährter Genosse, Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Wilhelm Voss, der Leiter der deutschen Schuhmacherbewegung, beging am 29. Mai das Fest seiner silbernen Hochzeit. Mit den vielen Freunden, die ihm an diesem Tage herzlichste Glückwünsche widmen, vereint sich auch die Redaktion des Zentralorgans der Partei, für die unser Mitkämpfer stets seine beste Kraft eingesetzt hat. —

Die Parteigenossen in Meiningen I, II und Roßburg hielten am 24. Mai in Pößneck eine Landeskonferenz ab. Vertreten waren 12 Orte von 42 Delegirten. Außerdem nahm der Reichstags-Abgeordnete Meißner an der Sitzung theil. Nach dem Bericht des Genossen Seige-Pöschel sind in der Zentrale,

die auf dem Koburger Parteitag eingesezt wurde, im Laufe des Jahres aus allen drei Kreisen 66,40 M. eingegangen. Neben bezeichnet diese Beisitzer als sehr gering, giebt aber anheim, zu erwägen, daß in anbeziehung der überaus schwierigen Verhältnisse auch diese Summe als ein schätzbarer Anfang zu betrachten sei. Die Niederlage in Saalfeld bei der Gemeinderatswahl sei in mancher Beziehung nur heilsam gewesen, in Zukunft werde man die Scharte ausweichen. Weiter wurde gegenüber den vielfachen Behauptungen konstatiert, daß die Majorität im Böhmecker Gemeinderath nie sozialdemokratisch war, sondern bisher nur ein Sozialdemokrat als offizieller Vertreter bezeichnet werden konnte. Die Koburger haben, begünstigt durch ihre fortschreitende Bewegung, eine eigene Landesorganisation gegründet und sich den Gothaern angeschlossen. Es geschah dies wesentlich aus dem Grunde, um bei den Landtagswahlen einen engeren Anschluß mit Gotha zu haben. Den Stand der Presse konnte Hoffmann-Saalfeld nur als unbefriedigt bezeichnen, da die Auslage keine Zunahme aufweist. Bis heute habe man noch nicht die Hälfte der Auflage erreicht, die man auf dem Saalschaer Parteitag für recht wohl erreichbar hält. Redner wünscht, daß Koburg dem Preßverbande treu bleibe, um immer besseres, reichhaltigeres leisten und die Presse ganz auf eigene Füße stellen zu können. Nach diesen Ausführungen konstatiert Walthers-Koburg unter dem Beisatz des Parteitages, daß er in Koburg dafür eintreten wolle, daß vorerst das Verhältnis das alte bleibe; nur müsse der Verlag versprechen, noch mehr als bisher darauf zu sehen, daß die spezifisch koburgischen Interessen mehr im Volksfreund vertreten werden. Es wurde hierauf Hildburghausen als Ort für den nächsten Parteitag bestimmt; ebenso wird Böhmeck als Sitz des Landes-Vertrauensmannes und Saalfeld als Sitz der Kontrolle über die Thätigkeit desselben ausübenden Revisoren wiedergewählt.

München, 29. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der sozialdemokratische Parteitag für Bayern findet am 5. und 6. Juli in Nürnberg statt.

In Liebknecht's Agitationsreise wird uns geschrieben, daß die Meldungen bürgerlicher Zeitungen, wonach Liebknecht auch in Belgien Versammlungen abhalten werde, unrichtig sei. — Am 26. d. Mts. sprach Liebknecht in einer großartig verlaufenen Versammlung in Glasgow.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In Berlin wurden verurtheilt die Genossen Perle zu 60 M. ev. 12 Tagen, Quade und Zimmer zu je 30 M. ev. 6 Tagen Haft wegen unerlaubten Verbreitens von Schriften. („Märkischer Landbote“.)

„Leider freizusprechen“, wie der Vorsitzende des Frankfurter Schöffengerichts mehrfach in der Urtheilsbegründung betonte, war der Vorsteher des „Arbeiter-Turnvereins“ zu Frankfurt a. M., Kom. Göller, der angeklagt war, die Satzungen und die Mitgliederliste des Vereins der Polizei nicht eingereicht zu haben, obgleich der Verein sozialdemokratische Tendenzen verfolgte, mithin als politischer Verein anzusehen sei. Das Erkenntnis ist vollständig überzeugt, daß der Verein sozialdemokratische Zwecke verfolgte, erachtet aber diese innerliche Ueberzeugung durch die Beweisaufnahme im juristischen Sinne nicht für bestätigt, so daß der Angeklagte freizusprechen sei.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Bauarbeiter Charlottenburgs. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 31. Mai, vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Bismarckhöhe statt. Wir machen die Kollegen auf ihr Versprechen, welches sie durch Annahme der Resolution gegeben haben, aufmerksam.

Achtung, Holzbidhauer! Die Kollegen in Stuttgart befinden sich seit ca. 8 Wochen im Kampf wegen Erbringung der 9stündigen Arbeitszeit. Die Arbeiter drängen wegen der dortigen Ausstellung sehr und wurde schon wiederholt, aber erfolglos versucht, dieselben außerhalb anzusetzen zu lassen. Wir ersuchen dringend, auf derartige Arbeiten acht zu geben und dieselben unter keinen Umständen anzusetzen, damit die Bewegung unserer süddeutschen Kollegen nicht erfolglos bleibt! Bereits sind von den Firmen Epple u. Ege, Birth's Söhne und Bauer, sämtlich in Stuttgart, Arbeitern an Mohr, Frankfurt a. M., Sorge u. Komp., Frankfurt a. M. und Himmelheber, Karlsruhe, gesandt. Es ist unangenehm, daß diese Arbeiten von diesen Firmen unter Deckadressen weiter expedirt werden, weshalb wir die Berufsgenossen dringend bitten, acht zu geben. Der Vorstand des Bauvereins der Bidhauer.

Wie uns von den Metallarbeitern mitgetheilt wird, ist leider aus Oesterreich ein sehr starker Zuzug nach Berlin zu verzeichnen. So sind gestern aus Wien 30 Arbeiter eingetroffen, und auch an den Tagen vorher ist mehrfach ein Zuzug zu verzeichnen gewesen. Die Parteipresse in Oesterreich wird deshalb höflichst gebeten, die Metallarbeiter vor Zuzug nach hier zu warnen, da der Ausstand unvorbereitet fortbauert!

Die Lohnbewegung der Tischler in Leipzig ist beendet. Wie bekannt, hatten die Unternehmer zwar die Forderungen der Gehilfen auf Ehrenwort anerkannt, weigerten sich aber, die Forderungen bis zum 30. April in einem Tarif bindend zu formulieren und demnach den 1. Mai dazu, um 440 Mann auszusperren. Gleichzeitig bildeten sie einen Ring und verpflichteten sich bei einer Konventionstrafe von 1000 M. für jeden einzelnen Fall, keinen der Ausgesperrten innerhalb zwei Jahren wieder zu beschäftigen. Durch das feste Zusammenhalten der Ausgesperrten sind aber trotz des Ringes die meisten Ausgesperrten von ihren früheren Arbeitgebern wieder eingestellt und in den meisten Werkstätten die Forderungen der Tischler anerkannt, so daß im ganzen nur noch 28 Ausgesperrte zu verzeichnen sind. Eine Versammlung der Tischler beschloß den Streik für beendet zu erklären und über die übrigen Firmen, die bis Dienstag die Forderungen der Gehilfen nicht anerkennen, die Sperre zu verhängen. Gleichzeitig wählte man eine Kommission von 12 Mann, die einen den Gehilfenforderungen entsprechenden Tarif, der am 1. Juli in Kraft treten soll, mit den Unternehmern auszuhandeln hat. Solange diese Verhandlungen nicht beendet sind, empfiehlt es sich, den Forderungen der Unternehmer, nach Leipzig zu kommen, nicht Folge zu geben und den Zuzug möglichst fernzuhalten.

Ueber die Aussperrung der Tischler in Sauterberg am Harz entnehmen wir der „Holzarbeiter-Zeitung“, daß gegenwärtig sich 422 Arbeiter im Ausstand befinden; nur ungefähr zwanzig Personen, sogenannte Handlanger, arbeiten weiter. Die eigenhämliche Stellung der Behörde zu diesem Streik ist ja bereits früher von uns besprochen, und es wird unsere Leser gewiß interessieren, wenn wir ihnen im Wortlaut eine Eingabe der Fabrikanten an den Landrath mittheilen, die bezweckt, sich für ihr unerhörtes Vorhaben die Behörde dienlich zu machen. Das Schreiben, das gewiß im Austrage der Fabrikanten verfaßt wurde, lautet:

An den Königlich Landrath,
Herrn Geheimen Regierungsrath Notkänder,
Hochwohlgebornen

Osterode.

Wir sehen und felder heute genöthigt, Euer Hochwohlgebornen hierdurch ergebenst zu benachrichtigen, daß ein am 9. d. M. in unseren Fabrikräumen ausgehängter Anschlag laut Anlage im Original ca. 100 in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter veranlaßt, kontraktbrüchig im Sinne der Gewerbe-Ordnung zu werden. Es veranlaßt uns dieser Vorfall, unumschüsslich unsere Rechte gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter geltend zu machen, indem wir laut den in Uebereinstimmung mit § 119 a der Gewerbe-Ordnung vereinbarten Bestimmungen unserer Fabrikordnung ein Viertel des fälligen Lohnes, jedoch im Maximum nicht mehr als den sechs-fachen Betrag des ortsüblichen Tageslohnes, welcher laut § 3

Abfag 2 unserer Krankenlosen-Statuten auf 1,80 M. festgesetzt ist, den einzelnen Arbeitern am Lohn kürzen, also im Maximum einen Betrag von $6 \times 1,80 = 10,80$ M.

Da die Zahl der kontraktbrüchigen Arbeiter eine relativ hohe ist, auch schon schwerwiegende Drohungen gegen die noch in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter laut geworden sind, so steht zu erwarten, daß die, wie gesagt, unter allen Umständen von uns beanspruchte Lohnkürzung nicht ohne Ruhestörung vollzogen werden kann. Es veranlaßt uns dies, für uns, unsere Angestellten und die noch in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter den Schutz des Gesetzes zu beanspruchen. Wir bitten dementsprechend Euer Hochwohlgebornen, ergebenst zu veranlassen, daß uns auf unsere eventuelle Requisition ohne Verzug die erforderliche öffentliche Gewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung gestellt wird.

Oberfelder Möbelfabrik

pp. Fechter & Kaltwasser. S. Kaltwasser.

Oberfeld, 10. Mai 1896.

Natürlich ist die Darlegung der ganzen Angelegenheit vollkommen entfällt. Mit Recht haben die Arbeiter die Zurücknahme des Lohnes der Fabrikanten gefordert, der dekretirt, daß sämtliche in den Fabriken Beschäftigten aus dem Verband der Holzarbeiter austreten müssen, und wenn es darauf den größten Theil der Arbeiter freigestellt wurde, sofort zu gehen, wenn sie diesem Gebot nicht nachkommen, so haben die Arbeiter, die dieser Weisung Folge leisteten, keinen Kontraktbruch begangen. Höchstens können die Veranlasser der für die Arbeiter so entwürdigenden Zumuthung, ihnen ihr gesetzliches Koalitionsrecht zu rauben, über die Wirkung ihres protzenhaften Hochmuths enttäuscht gewesen sein, indem die einmüthige Abwehr ihres wohl berechneten Streiches wahrscheinlich ihren Voraussetzungen nicht entsprach. Der Lohnabzug ist ungesetzlich, da die Gewerbe-Ordnung vorschreibt, daß derartige Einbehaltungen bei jeder Lohnzahlung ein Viertel des Lohnes nicht übersteigen dürfen.

Wie die Behörde die Dinge ansieht, mag folgende Bekanntmachung weiter illustriren:

Osterode, den 12. Mai 1896.

Bekanntmachung!

Infolge der Arbeitseinstellung in den Stuhlfabriken zu Sauterberg, Barbis und Oberfeld sehe ich mich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Ausübung eines Zwanges gegen diejenigen Arbeiter, die weiter arbeiten oder arbeiten wollen, sowie auch die Aufforderung zur vorfristwidrigen Einstellung der Arbeit strafbar ist, daß allen arbeitswilligen Arbeitern polizeilicher Schutz gewährt und allen Versuchen, dieselben von der Arbeit abzuhalten, entgegengetreten werden wird. Insbesondere warne ich auch vor allen Versuchen, durch Mittel der Ueberredung, Verführung oder gar der Einschüchterung Arbeiter von der Arbeit oder von der Wiederaufnahme der Arbeit, bezw. von der Erfüllung ihrer vertragmäßigen Verpflichtungen, sei es auf den Arbeitsstellen bezw. in deren Nähe, auf den Bahnhöfen oder sonstwo, abzuhalten. Im übrigen warne ich vor jeder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit dem Bemerken, daß gegen etwaige Ausschreitungen sofort und unumschüsslich eingeschritten werden wird.

Der Landrath:

Notkänder, Geh. Regierungsrath.

Sehr treffend bemerkt die „Holzarbeiter-Zeitung“ hierzu: Das ist doch wahrlich alles Mögliche, mehr Entgegenkommen können die armen, bedrängten Fabrikanten nicht verlangen. Ob der Herr Landrath im Drange der Geschäfte vergessen hat, daß alle die Fälle, welche er ansieht und die den Bestimmungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung entsprechen, auch auf die Herren Fabrikanten anwendbar sind, wissen wir nicht; in seiner nächsten Bekanntmachung wird er hoffentlich darauf hinweisen.

Wir sind überzeugt, für die Tischler werden diese ganzen Vorkommnisse ein neuer Ansporn sein, ihre bedrängten Kollegen thätkräftig zu unterstützen.

Zimmerer. Laut Beschluß der am 28. Mai abgehaltenen öffentlichen Zimmererverversammlung von Halle a. d. Saale und der Umgegend ist über den Stadtrath und langjährigem Obermeister der hiesigen Zunft, Zimmermeister Dönitz, die Sperre verhängt, weil er die Forderung der Zimmerer, 40 Pf. Stundenlohn, nicht bewilligt, trotzdem dieselbe von seiten der Zunft vom 1. April ab als Durchschnittslohn für die Zimmerer anerkannt wurde; also das Versprechen hat Dönitz, weil er nur 32—34 Pfg. zahlte, nicht gehalten. Da dieser Meister viel Arbeit hat, auch viele Zimmerleute braucht, ersuchen wir die Zimmerer Deutschlands, den Zuzug nach Halle so lange zu meiden, bis eine Verständigung mit der Lohnkommission stattgefunden hat. Die Ausständigen sind siegesehr.

Wir bitten alle Arbeiterblätter um Abdruck dieser Notiz.

Zweiter Berufs-Kongress der Transport- und Handels-hilfsarbeiter. Ueber Agitation und Taktik referirte Dreher in Berlin. Er bekämpfte den Antrag, sich mit den Fabrikarbeitern zu verschmelzen. Er hätte nichts dagegen, aber eine derartige allgemeine Organisation hätte erst dann Aussicht auf Erfolg, wenn der Klassenkampf gefallen sei, und übrigens hätten die Fabrikarbeiter geregelte Arbeitsverhältnisse; man solle erst die 500 000 Kollegen aus unserem Berufe aufklären und dann die 6 000 000 Fabrikarbeiter zu gewinnen suchen. Die Tischler, Postarbeiter und Metzger aller Branchen gebören zu uns. Eine Anzahl Anträge und Resolutionen sind zu diesem Punkt gestellt worden. Es wird zur Vereinfachung eine Redaktions-Kommission gewählt.

In der sehr lebhaften Debatte betheiligten sich die Delegirten Schumann-Berlin, Windwehr-Hannover und Brandt-Halle a. S. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Referent erhält das Schlusswort. Die von der Kommission ausgearbeitete Resolution verlangt, daß die Organisationen in erster Linie Kampforganisationen sein müssen, erkennen jedoch die Nothwendigkeit der Unterstützung für Arbeitslosigkeit u. s. w. an. Die Unterstützung gemäßigter Kollegen erhebt der Kongress zum Prinzip. Weiter sind bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und die Mitgliedsbeiträge auf eine dementsprechende Höhe zu bringen. Ferner empfiehlt der Kongress den Zusammenschluß aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter. Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag Eckardt-Hamburg, sämtliche in Fuhrwerksbetriebe beschäftigten Personen als zu unserer Organisation zugehörend zu betrachten.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: Fachpresse. Referent Himpel-Hamburg. Redner läßt den Inhalt des Blattes seit der obligatorischen Einführung Reue passiren und kritisiert verschiedene Einrichtungen, beklagt die einseitige Stellungnahme der Berliner Kollegen und die Vernachlässigung der Metzger; auch möge man mehr aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung und der Technik bringen. Redner verkennt jedoch die rührige Thätigkeit des Redakteurs, der selbst Arbeiter sei und kaum Zeit zur Bearbeitung des Materials habe, nicht. Ohne einen wichtigen Stamm von Berichterstattern würde das Blatt nicht leistungsfähiger werden können. Redner empfiehlt deshalb dem Kongress die Aufrechterhaltung des in dieser Sache gefaßten Beschlusses zu Halle, desgleichen Einsetzung einer Preßkommission an einem anderen Orte als da, wo die Zeitung erscheint. Zur Diskussion nimmt das Wort der Redakteur des Blattes, Kollege Dreher-Berlin. Er sei in vielen Fällen mit Himpel einverstanden, es ginge aber sehr wenig brauchbares Material ein, und theure Artikel zu kaufen sei kein Geld da. Redner sprach noch: Kähler-Berlin, Windwehr-Hannover, Eckardt-Hamburg, Peiß-Chemnitz, Brandt-Halle a. S. und Erdmann-Rönigsberg, desgleichen der Vertreter der General-Kommission, Genosse Möbke-Hamburg. Das Schlusswort wird dem Referenten ertheilt; derselbe konstatiert, daß die Diskussion sich bis auf wenigstens mit seinen Ausführungen deckt und empfiehlt den gestellten Antrag. Als Redakteur des Blattes wird Dreher-Berlin gewählt. Desgleichen wird die Einsetzung einer Preßkommission

beschlossen; als Ort derselben wird Hamburg bestimmt. Die Kommission hat aus 3 Mann zu bestehen. Kollege Himpel wird vom Kongress dazu gewählt, und weiter beauftragt, veranlassen zu wollen, daß die Kollegen Hamburgs weitere zwei Personen aus ihren Reihen hinzuwählen.

Als Vertrauensmann wird Altbolt-Berlin gewählt. Die vier Revisoren zur Kontrolle des Vertrauensmannes wählt Berlin. Eckardt-Hamburg wird zur Vertretung bei der General-Kommission ernannt. Die Anträge unter Punkt 2 werden von Himpel-Hamburg zurückgezogen; derselbe erwartet jedoch von den Kollegen allerorts, für dieselben einzutreten. Ein Antrag, der Vertrauensmann möge eine Verbindung mit London anbahnen, wird angenommen. Dem Vertrauensmann wird ein Manuskript von 50 M. bewilligt. Als Ort des nächsten Kongresses wird Altenburg bestimmt. Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Kollege Kähler-Berlin freut sich über das gute Gelingen des Kongresses; er fordert die Delegirten auf zu reger Arbeit in der Heimath und hofft, daß alles gut gedeihen möge, was wir hier gefaßt. Den Kollegen Halberstadt, sowie dem Bureau wird der Dank des Kongresses ausgesprochen. Hieran wird der Kongress mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen. Die Delegirten trennen sich unter dem Gesang der Marxhymne.

In der Instrumentenfabrik von Lühr in Kassel haben 17 Drechsler und Mechaniker die Arbeit eingestellt; darunter 3 Verheirathete. Die Ursache liegt in der Entlassung zweier Arbeiter, die deswogen erfolgte, weil diese den Arbeiter Schuchard angefordert hatten, der Organisation beizutreten. Sch. theilte dies seinem Prinzipal mit, der obige Entlassungen versagte und zugleich den Denunzianten beauftragte, es ihm sofort mitzutheilen, falls er in irgend einer Weise belästigt würde. Die Ausständigen verlangen Wiedereinstellung der beiden Entlassenen und Entlassung des Denunzianten. — Die Parteipresse wird gebeten, hiervon Notiz zu nehmen. Zuzug ist fernzuhalten!

Der Ausstand in der Gummiwaaren-Fabrik von Lühr in Kassel ist zum Vortheil der Arbeiter beendet.

In der Metallwaarenfabrik Flecks Söhne in Hamburg, Kimsingstraße, wurden sämtliche Arbeiter durch die Fabrikanten ausgesperrt. Der Zuzug nach Hamburg ist fernzuhalten.

Die Metallarbeiter der Firma Merz u. Cie. in Basel sind in den Streik eingetreten. Vor Zuzug nach Basel sind sämtliche Metallarbeiter zu warnen.

Die Stuttgarter Schmiedegesellen haben in ihrer großen Mehrzahl ihre eingereichten Forderungen bewilligt erhalten, die anderen ca. 60 Mann sind in den Ausstand eingetreten, doch sind schon wieder eine Anzahl derselben anderweitig untergebracht oder haben ihre Forderungen ebenfalls bewilligt erhalten.

In der Wapppapierfabrik von Fr. Zell in Stuttgart sind wegen übermäßig langer Arbeitszeit und geringen Lohn Differenzen ausgedrochen, weshalb die Färber allerorts vor Zuzug gewarnt werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Privatbeleidigungsklage des Berichterstatters Rogge gegen den „Vorwärts“ wurde am Freitag in zweiter Instanz verhandelt. Durch Urtheil des Schöffengerichts vom 10. April d. J. ist unserm Genossen Kunert, als verantwortlichem Redakteur des „Vorwärts“ eine Strafe von 30 M. oder 3 Tagen Haft auferlegt worden, weil das Bericht in zwei Artikeln in den Nummern vom 5. und 7. Dezember v. J. eine Beleidigung Rogge's erblieke. Die Veranlassung zu diesen Artikeln ist unsern Lesern bekannt, ebenso die Einzelheiten der Verhandlungen erster Instanz, über die wir in unserer Nummer vom 11. April ausführlich berichtet haben. Wegen des Urtheils hatten beide Parteien Berufung eingelegt. Die Hauptzeugen, Günther und Gaffron, die vor allen andern im Stande sein müssen, den Thatbestand aufzuklären, die aber schon in der Schöffengerichts-Verhandlung nicht erschienen waren, glänzten auch diesmal wieder durch Abwesenheit. Gaffron's Aufenthalt war nicht zu ermitteln; Günther, der bei dem vorigen Termin aus Potsdam telegraphirt hatte, er könne nicht erscheinen, schickte diesmal einen aus Dresden datirten Brief, daß er am Erscheinen verhindert sei. Der als Zeuge vernommene Chefredakteur der „Post“, Grobbedt, giebt, wie in erster Instanz, als Verfasser des Artikels, dessen Inhalt auf eine Indiskretion Rogge's zurückgeführt wird, den Berichterstatter Pecjille an. Der Zeuge Pecjille behauptet darauf, daß er die Mittheilung über das Gespräch auf der Redaktion des „Vorwärts“ von Gaffron erhalten und diesen auch dafür bezahlt habe. Gaffron habe diese Mittheilung wieder von einer Person, die mit dem „Vorwärts“ in Beziehung stehe. Den Namen derselben könne er nicht angeben, jedoch handele es sich nicht um Rogge. Er kenne weder den Aufenthalt Gaffron's, noch sei ihm dessen Persönlichkeit näher bekannt. Auf weiteres Befragen gab der Zeuge Pecjille zu, daß er früher schon auch mit Rogge eine direkte Geschäfts-Verbindung unterhalten, d. h. von ihm Nachrichten gegen Bezahlung bezogen habe. Die weiteren Zeugenaussagen gaben dieselbe Darstellung des Thatbestandes, wie in der ersten Instanz.

Rechtsanwalt Rosenstock, als Verteidiger Rogge's, beantragt eine höhere Befragung des Beklagten. Das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlung sei eine Nichtfestigung seines Mandanten. Es sei erwiesen, daß derselbe an dem Artikel der „Post“ unbetheiligt sei. Damit sei auch — entgegen dem Urtheil erster Instanz — der Vorwurf der Indiskretion hinfällig.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der Verteidiger des Genossen Kunert, hält die Indiskretion, begangen durch Mittheilung des Redaktionsgesprächs an andere Personen, für vorliegend, und daher den „Vorwärts“ für durchaus berechtigt, seinen Lesern davon Mittheilung zu machen. Der bössartige Schwindel, von dem in den Nummern vom 5. und 7. Dezember die Rede ist, sei durch die Aussagen Pecjille's erwiesen. Der Redakteur des „Vorwärts“ wäre vorgerebet worden, daß Gaffron das Gespräch selber erlaubt und der „Post“ übermittle habe, während heute behauptet worden sei, daß Gaffron die ihm von einem anderen zugegangene Mittheilung dem Berichterstatter Pecjille behufs weiterer Verwendung überbracht habe. Rogge sei der bewußten Theilnahme an diesem Schwindel in jener Notiz nicht bezichtigt worden. Was der „Vorwärts“ geschrieben, rechtfertige sich als Wahrung berechtigter Interessen. Da der Beklagte das größte Interesse daran habe, zu erfahren, von wem Gaffron seine Mittheilung erhalten habe, so beantrage er, die Sache zu verlegen, den Gaffron zu ermitteln und Günther zwangsweise vorzuführen, eventuell den Beklagten freizusprechen.

Der Gerichtshof lehnte den Plädoyer der Verteidiger und dem Schlusswort des Angeklagten diese Beweisanträge ab, da er den Thatbestand für genügend aufgeklärt hielt.

Er stellte sich sowohl bezüglich des Urtheils, als der Begründung auf den Standpunkt des ersten Richters. Dem „Vorwärts“ könne das Recht zu der Mittheilung vom Abbruch der geschäftlichen Beziehungen zu Rogge nicht bestritten werden. In den Artikeln vom 5. und 7. Dezember dagegen werde nicht nur Gaffron, sondern auch Rogge der Vorwurf des bössartigen Schwindels gemacht. Das sei beleidigend. Der Artikel sei zwar in Wahrung berechtigter Interessen geschrieben, aber in der Form habe das Bericht eine Beleidigung gefunden. Es sei nicht erwiesen, daß Rogge an dem Schwindel Gaffron's theilhaftig war. Die von beiden Seiten eingelegte Berufung wurde daher verworfen und die Kosten des Termins je zur Hälfte den beiden Parteien auferlegt.

VII. Internationales Bergarbeiter-Kongress.

Aachen, 28. Mai 1896.

Vierter Verhandlungstag.

Der Engländer Woods führt den Vorsitz. Er hält eine weitere Diskussion über das Stufenwesen für nicht erforderlich, da auch die Engländer nichts gegen die Fassung der deutsch-französischen Anträge einwenden wollen.

Der Kongress sieht von weiterer Diskussion ab und es kommt zur Abstimmung. Die beiden Resolutionen Deutschlands und Frankreichs werden mit großer Majorität angenommen. Nur die National-Föderation mit 126 000 Stimmen stimmt dagegen.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung: „Inspektion der Gruben“.

Müller-Weimar begründet folgenden Antrag: „Jede Grube soll alle drei Monate von einem Regierungsinspektor inspiziert werden. Jede mit Schlagwettern behaftete Grube jedoch alle Monate und zwar an allen Stellen. Für permanente Kontrollierung sind offizielle Inspektoren aus dem Range der Arbeiter anzustellen, die von den Arbeitern selbst zu wählen und vom Staate zu besolden sind. Für jede mit Schlagwettern behaftete Grube hat der Besitzer einen Spezialinspektor zu bestellen und zu besolden, dessen Pflicht es ist, eine solche Grube besonders zu überwachen. Belegannte Beamten stehen jedoch unter Kontrolle der Regierungsinspektoren.“

Medner beklagt die bisherige ganz mangelhafte Inspektion unter Hinweis auf die zahlreichen kleinen und großen Unglücksfälle in den Gruben. Er glaubt in dem Antrag ein System der Inspektion vorgeschlagen zu haben, das von allen, die es mit dem Wohl der gefährdeten, unter Tage arbeitenden Bergleute ehrlich meinen, als gerecht und gut beurteilt werden müsse.

Sachse-Weidau unterstützt den deutschen Antrag; er hebt hervor, daß jetzt jährlich nur eine Inspektion staatlicherseits erfolge, was viel zu wenig sei. Im sächsischen Landtage sei bereits eine viermalige Inspektion verlangt worden, aber vergebens. Die Hauptsache sei es, die Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter zu ernennen. Den Inspektoren müsse auch eine gewisse Straf Gewalt eingeräumt werden, eine Forderung, die er in der deutschen Resolution vermisst.

Der Belgier Maroille begründet den folgenden belgisch-französischen Antrag: „Für die permanente Beaufsichtigung der Gruben sind Inspektoren aus dem Range der Arbeiter zu wählen, es ist ihnen eine unabhängige Stellung zu sichern.“ Er gibt eine Statistik der Grubenunfälle in Belgien. Vom Jahre 1880-89 waren durchschnittlich 210 Bergleute zu Tode gekommen, 74 verwundet worden, im Jahre 1890 201 Mann getödtet, 66 verwundet, 1891 169 todt, 69 verwundet, 1892 856 todt, 88 verwundet, und 1893 131 todt, 78 verwundet. Durchschnittlich kämen auf je 1000 Arbeiter 2 Unglücksfälle pro Jahr. Diese Zahlen beweisen am besten die Nothwendigkeit besserer Inspektion.

Samenbin-Frankreich ist mit dem Grundgedanken der Resolution einverstanden, er bittet aber die Deutschen, die ersten Sätze der deutschen Resolution zu streichen, in Frankreich sei bereits eine ausgedehntere Inspektion vorhanden als hier verlangt werde und er wolle nicht einer Forderung zustimmen, die einen Rückschritt bedeute. Die staatliche Inspektion genüge deshalb nicht, weil die Inspektoren mit den Grubenbesitzern zu sehr befreundet seien, deshalb empfehle sich die Anstellung von Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter.

Werdelmann erklärt namens der Deutschen, daß sie, um eine Diskussion zu vermeiden, ihren Antrag zu Gunsten der französisch-belgischen Resolution zurückziehen.

Ohne weitere Diskussion wird hierauf die belgisch-französische Resolution fast einstimmig angenommen. (Northumberland enthielt sich der Abstimmung.)

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: Die Monopolisirung der Bergwerke durch den Staat. Frankreich und Belgien beantragen: Der Staat soll alle Bergwerke übernehmen.

Calvignac-Frankreich: Die Frage des Bergwerks-Monopols beschäftigt zum ersten Male den internationalen Kongress. Er wolle nicht behaupten, daß die Frage schon jetzt spruchreif sei, man müsse sie aber im Auge behalten. Die Bergwerke seien in Frankreich seit 1810 zwar nationalisirt, aber der Staat verwalte sie nicht selbst, sondern habe an Private und an Gesellschaften Konzessionen erteilt. Die Privatbesitzer bekämen durch ihren großen Besitz eine ungeheure Macht über die Arbeiter, die sie dann auch für ihre politischen Zwecke ausnützten. Der Staat betreibe infolge dessen nur die Geschäfte der Besitzenden. Diefem Zustande könne nur ein Ende gemacht werden, wenn die Gruben in das Nationaleigentum übergeführt würden. Es gäbe dann keine Besitzer mehr, sondern nur Beamte. Der Zeitpunkt für diese große Umwälzung sei heute noch nicht gekommen. Den Bergarbeitern müsse aber die Nationalisirung der Bergwerke als letztes Ziel stets vor Augen bleiben, deshalb empfehle er dem Kongress, sich grundsätzlich mit dem französisch-belgischen Antrag einverstanden zu erklären.

Maroille-Belgien unterstützt den Vordredner.

In der Diskussion erklärt

Sachse-Weidau namens der Deutschen, daß sie sich aus taktischen Gründen nicht mit der Verstaatlichung der Bergwerke einverstanden erklären können. Der heutige Staat biete nicht die Gewähr, daß es in den Staatsbetrieben gerecht zugehen werde. Durch eine Verstaatlichung würden, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, nur partikularistische Strömungen genährt werden. Es befänden schon heute Staatsbergwerke, die aber durchaus nicht Musteranstalten seien, im Gegentheil hinter Privatbetrieben zurückbländen. Erst wenn alle Produktionsmittel in den Besitz einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft übergegangen sind, werde diese Frage ganz spruchreif sein.

Die Engländer wünschen nicht das Wort. Bei der Abstimmung enthalten sich die Deutschen der Stimmabgabe. Belgien und Frankreich stimmen einstimmig für den Antrag, auch die Engländer stimmen mit Ausnahme der National-Föderation und der Northumberlander dafür, sodas der belgisch-französische Antrag, von den Stimmhaltungen abgesehen, mit 787 000 Stimmen gegen 126 000 Stimmen angenommen wird.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags wird der achte Punkt der Tagesordnung: Die Haftbarkeit der Arbeitgeber in Angriff genommen. Frankreich und Belgien beantragen: Die Arbeitgeber sind für alle Unfälle haftbar.

Die Deutschen haben einen ähnlich lautenden Antrag zurückgezogen.

Cavrot-Belgien begründet den Antrag. Die Resolution wird hierauf, nachdem sich alle Medner für sie ausgesprochen hatten, einstimmig angenommen.

Die eigentliche Tagesordnung ist damit beendet. Es wird nun noch über die Verfassung und Geschäftsordnung zukünftiger Kongresse beraten.

Die Deutschen beantragen, internationale Kongresse nur alle

zwei Jahre abzuhalten. Die Ansichten hätten sich zusehends geklärt und eine so häufige Zusammenkunft sei nicht mehr nöthig.

Sachse erklärt, eine alljährliche Beschickung der internationalen Kongresse sei den Deutschen aus materiellen Gründen unmöglich. Die Verbände dürften wegen der Vereinigesehe keine Delegirten zum Kongress schicken, die Gelder müßten aus freiwilligen Beiträgen aufgebracht werden und das sei sehr schwierig. Sollte für das nächste Jahr die Abhaltung eines internationalen Kongresses beschlossen werden, so könnten ihn die Deutschen, so leid es ihnen thue, nicht beschicken.

Samenbin-Frankreich spricht sich für alljährliches Tagen aus. Er würdige wohl die Gründe der Deutschen, besonders die ökonomischen, aber man solle sich doch alle Wirkungen eines nur zweijährlichen Tages klar machen und alle Gründe einsehen, daß die stärkeren Gründe, die stete Betreibung der Agitation für die Sache der Bergleute für alljährliche Abhaltung der Kongresse sprächen.

Maroille-Belgien tritt entschieden für alljährliche Abhaltung der Kongresse ein.

Picard beklagt die Wünsche den Kongress zu seinem guten Verlauf, der eine Stärkung der Organisationen herbeiführen werde. Er bedauert, daß die Deutschen das finanzielle Moment in die Waagschale geworfen haben. Wenn sie jetzt 14 Delegirte nach Aachen schicken könnten, werden sie nächstes Jahr 5 oder 7 Delegirte nach einem Orte des Auslandes senden können. Gerade weil die bisherigen Kongresse immer schönere Früchte gezeitigt haben, solle man das Werk fortsetzen und alljährlich tagen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschen abgelehnt. Es bleibt bei der alljährlichen Abhaltung der internationalen Kongresse.

Zu einem Antrag der Deutschen: „Einladungen zum nächsten Kongresse sind versuchsweise auch an die asiatischen Rassen und an die Amerikaner zu senden“, erklärt Picard, daß das Geschäftskomitee solche Einladungen ergehen lassen werde.

Als Ort für den nächsten internationalen Kongress wird London bestimmt.

Hasselhorst-Dortmund begründet einen Antrag, die Vorkonferenzen künftig stets drei Tage vor dem Kongress am Orte des Kongresses abzuhalten unter Hinweis auf die großen Kosten, die die bisherigen Vorkonferenzen verursacht haben.

Müller zieht den Antrag aber, nachdem Picard sich gegen ihn gewandt hatte, zurück.

Picard wird zum Sekretär des Geschäftskomitees, Wurt zum Schatzmeister gewählt. Auch die übrigen Mitglieder des Komitees, Müller, Calvaert, Calvignac werden wiedergewählt.

Präsident Woods konstatirt, daß der jetzige Kongress der erfolgreichste von allen war; mit dem Wunsche, daß die nächsten Kongresse noch erfolgreicher sein mögen, schließt er den Kongress. (Lebhafter Beifall.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Tokales.

Unser Parteigenosse der Schriftsteller F. Schulze ist am gestrigen Freitag nach Böhmen gegangen, um dort die nunmehr rechtskräftig gewordene Gefängnisstrafe von vier Monaten anzutreten, die in dem durch die Anwendung des dolus eventualis zu gewisser Berühmtheit gelangten Prozes wegen der vorjährigen Mordzeitung über ihn verhängt worden ist. Das inkriminirte Gedenkbuch hatte bekanntlich dieselben Artikel gebracht, die in der 1894er Märzzeitung für straflos erklärt worden waren; die unter dem Vorhitz des Herrn Leonhardt tagende achte Strafkammer hat ungeachtet dessen in zweimaliger Verhandlung bei alledem gegen Schulze auf vier Monate Gefängnis und gegen Bading auf zwei Monate erkannt. Letztere Sache schwebt bekanntlich noch, nachdem das Reichsgericht zweimal der beantragten Revision stattgegeben hat. Möge unser Genosse Schulze die lange Haft, die er als Opfer der preussisch-deutschen Rechtsprechung zu erdulden hat, ohne große Schädigung an seiner Gesundheit überstehen!

Zur Lokalfiste. In Daldorf ist der Gastwirth Bader von der Liste zu streichen.

In Charlottenburg wolle man zum Monatswechsel die Bestellungen auf den „Vorwärts“, das „Volksblatt“ u. s. w. rechtzeitig bei dem Parteipostboten G. Scharnberg, Pestalozzistraße 27, Quergebäude parterre, oder bei den Botenfrauen aufgeben.

Der Zuzug nach Berlin ist in diesem Jahre schon im 1. Quartal recht beträchtlich gewesen. Für die Monate Januar, Februar, März wurden polizeilich gemeldet:

1894	1895	1896	
als zugezogen:	85 190	86 631	43 511
als fortgezogen:	34 753	34 928	35 973

Der Zuzug übertrifft also den Fortzug nach den Meldungen um: 405 1703 7 538 Personen.

(Die nur vorübergehend An- oder Abwesenden sind nicht mitgerechnet.) Für vermutlich nicht gemeldete Fortzüge wird (auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung von 1895) pro Januar, Februar, März 1894 bezw. 1895 ein Zuschlag von 6789 bezw. 6790 Angenommen. Demnach brachte in den Jahren 1894 und 1895 das 1. Quartal keinen Wanderungsüberschuß, sondern vielmehr ein Minus von 6384 bezw. 5087 Personen. Für das erste Quartal 1896 ist der Zuschlag mit rund 7000 anzunehmen. Wird diese Zahl den gemeldeten Fortzügen zugezählt, so bleibt immer noch ein Ueberschuß von rund 500 Personen. Das ist, wie schon die Vergleichung mit den beiden Vorjahren zeigt, ein für das 1. Quartal keineswegs gewöhnliches Ergebnis. Es ist wohl hauptsächlich daraus zurückzuführen, daß in diesem Jahre infolge der Gewerbe-Ausstellung die Nachfrage nach Arbeitskräften in Berlin größer als sonst war.

In der städtischen Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, werden, wie ein Berichterstatter meldet, ärztlicherseits die Sektionen andauernd dazu benutzt, um die Ursachen der entsehligen Krankheit „Epilepsie“ zu ergründen. In dem ersten Verwaltungsbericht wird nun erwähnt, daß in allen den Fällen, in denen ein krankhafter Befund im Gehirn als für die Epilepsie maßgebend nicht vorgefunden wurde, eine angeborene Veränderung im Gefäßsystem, die zunächst ihren Ausdruck in einer großen Enge der Arteria findet, vorgefunden worden ist. Die ärztliche Verwaltung erklärt, daß sie geneigt ist, diesen Befund, der als eine Degeneration aufzufassen ist, als in ursächlichem Zusammenhang mit der Epilepsie stehend anzunehmen. Doch seien hierüber noch weitere Untersuchungen nothwendig.

Vom Wartepersonal der städtischen Irrenanstalten wissen die Berichte über die städtische Irrenpflege seit längerer Zeit nicht viel Gutes zu melden. Besonders hervorgehoben wird regelmäßig der lebhaftere und rasche Wechsel, der bei dem Personal stattfindet. Auch in den jetzt vorliegenden Berichten für 1894/95 wird wieder sehr darüber geklagt. Zugleich werden darin ausführlichere Angaben als sonst (die leider nur nicht für alle Anstalten nach demselben Schema aufgestellt sind) über diesen Punkt gemacht. Vom Personal der Irrenanstalt zu Daldorf schieden 75 Wärter und 54 Wärterinnen aus, davon 41 Wärter

und 25 Wärterinnen noch im Jahre ihres Eintritts. Ueber die Durchschnittszahl der in der Anstalt thätigen Wärter und Wärterinnen wird leider nichts mitgetheilt. In der Irrenanstalt Herzberge stellte sich der Abgang auf 87 Wärter und 48 Wärterinnen, das sind 128 bezw. 79 pCt. der Durchschnittszahl, wenn man diese als das Mittel aus Jahresanfang und Jahresende annehmen darf. Bei den Wärtern muß, da hier der Wechsel erheblich über 100 pCt. hinausgeht, eine ganze Anzahl Stellen mehr als einmal im Jahre den Inhaber gewechselt haben. Von dem abgegangenen Personal wurden 27 durch die Anstaltsleitung entlassen, darunter 8 wegen unbefugten Verlassens des Dienstes, 3 wegen Trunkenheit, 6 wegen Dienstverweigerung, 4 wegen Ausschreitungen gegen Patienten. Ende März 1895 waren 72 Wärter und 64 Wärterinnen in der Anstalt. Die Dienzeit (nicht bloß in Anstalten der Stadt Berlin, sondern in der Irrenpflege überhaupt) war sehr verschieden. Gedient hatten von 72 Wärtern: unter 1 Jahr 29 (davon 12 nur bis 3 Monate), 1-2 Jahre 19, 2-3 Jahre 6 u. s. w., über 10 Jahre keiner; von 64 Wärterinnen: unter 1 Jahr 22 (davon 15 nur bis 3 Monate), 1-2 Jahre 10, 2-3 Jahre 8 u. s. w., über 10 Jahre nur 8. Aus der Epileptiker-Anstalt Wuhlgarten schieden aus 1 Oberwärter, 69 Wärter, 51 Wärterinnen. Die Vergleichung mit dem Durchschnitt ist nicht möglich, weil Angaben hierüber fehlen. 44 Personen schieden ohne Kündigung aus, davon 16 wegen Urlaubs- Ueberschreitung, 3 wegen Trunkenheit, 4 wegen Mißhandlung Kranker, 5 wegen Untauglichkeit, 14 wegen anderer Dienstwidrigkeit, 1 wegen Krankheit, 1 durch Tod. Gedient (ob überhaupt in der Irrenpflege oder nur in den Anstalten Berlins, wird nicht gesagt) hatten von 69 abgegangenen Wärtern: bis 3 Monate 26, 3-6 Monate 33 u. s. w., über 12 Monate nur 2; von 51 abgegangenen Wärterinnen: bis 3 Monate 28, 3-6 Monate 8 u. s. w., über 12 Monate nur 2. „Der starke Wechsel zeigt“, bemerkt hierzu der Bericht über Wuhlgarten, „daß es auch bei dem ziemlich großen Angebot von Kräften, die nach der Großstadt streben, um Beschäftigung zu finden, recht schwer ist, trotz genauer Erkundigung, geeignete Leute zu finden.“ Bei dem Worte „geeignet“ darf man nicht gleich an Fachkenntniße denken. Die städtischen Anstalten nehmen auch junge, eben vom Militär entlassene Leute, die keinerlei Vorbildung mitbringen. Seit einigen Jahren wird in den Anstalten selber systematischer Unterricht in Kranken- und Irrenpflege erteilt. Der vorjährige Bericht über Herzberge gab jedoch zu, daß auch damit nicht viel gebessert sei; es fehle den Neueintretenden zum Theil „an genügenderm Verständnis für den Zustand der Kranken und an der daraus hervorgehenden richtigen Form des Verkehrs“. Vielleicht erscheint geeigneteren Leuten die Bezahlung zu gering. Bei der Schwere des Wartedienstes in der Irrenpflege und den Gefahren für Gesundheit und Leben, denen die Wärter ausgesetzt sind, — die Berichte erwähnen Verletzungen von Wärtern durch Wisse, Messerstücke u. s. w. — dürfte eine niedrige Löhnung in der That kaum geeignet sein, viele zum Eintritt in den Dienst zu verlocken oder zu langem Bleiben zu ermuntern.

Bezüglich der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe hat der Regierungspräsident zu Potsdam an die Aufsichtsbehörden eine Verfügung erlassen, laut welcher nach den Meldungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten die einschlägigen Befehlsvorschriften noch nicht genügend Beachtung finden und mehrfach „gewinnfüchtige Arbeitgeber“ die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und die Ausnahmenvorschriften des Bundesrats so zu ihren Gunsten auslegen gesucht haben, daß sie daraufhin unerlaubte Sonntagsarbeiten vornehmen konnten. Um diesen Mißständen ein Ende zu machen, sind jetzt die Gewerbe-Inspektoren angewiesen worden, mit den Orts-Polizeibehörden in unmittelbare Verbindung zu treten, mit denselben die technischen Betriebsverhältnisse derjenigen Anlagen, welche zeitweiser Sonntagsarbeit bedürfen, an Ort und Stelle klarzulegen und die erforderlichen Ausnahmsbedingungen für die einzelnen Betriebe mit der jedesmal zulässigen Arbeiterzahl festzusetzen, auf welchem Wege in der Folge die Zulässigkeit der Sonntagsarbeiten beurtheilt werden soll. Ferner jedoch soll durch gemeinsame strengste Ueberwachung der so geregelten Sonntagsarbeiten und durch unnahezügliche Verfolgung aller vorkommenden Uebertretungen nachdrücklich auf die Einführung der Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb hingewirkt werden, und sind die Aufsichtsbehörden angewiesen worden, über den Erfolg dieser Maßregeln am 15. Januar nächsten Jahres unter Befügung eines Verzeichnisses über die bewilligten Ausnahmen an den Regierungspräsidenten Bericht zu erstatten. — Hoffentlich wird mit diesem ja recht energisch ausgehenden Vorhaben ernst gemacht.

Mit den Arbeitsverhältnissen der Lokomotivpuffer am Anhalter Bahnhof ist es jetzt trüblicher denn je bestellt. Ueber die beziehende Anordnung, wonach den Leuten, die auf theilweise Sonntagsruhe Anspruch haben, der freie Nachmittag wegen des von oben gewünschten Besuchs des Hauptgottesdienstes genommen worden ist, haben wir uns bekanntlich erst vor kurzem ausgelassen. Der Sonntag ist für die arbeitenden Puffer eine wahre Plage schon in so weit, als sie die Arbeit der Feiertagen mitleiden müssen, denn an die Einstellung von Hilfskräften ist in keiner Weise gedacht. Was das bedeutet, möge man daraus ersehen, daß während der letzten Feiertage die Arbeiter in vermindelter Zahl etwa dreißig Maschinen mehr als sonst zu pugen hatten, und zwar ohne daß sie für diese enorme Mehrleistung auch nur einen Pfennig an besonderer Vergütung erhielten. Die aufreibende Arbeit ist für den einfachen Tagelohn zu verrichten, der wie bekannt zwischen 2,80 Mark und 2,90 Mark schwankt. Am zweiten Pfingstfeiertage hatten die Puffer zu ihrer harten Beschäftigung insoweit noch einen ganz besonderen Genuß, als der Vorsteher der Betriebswerkstatt, Herr Zimmermann, sie in einer Art Standrede mit Rosenamen bedachte, die ein Mann von Bildung überhaupt nicht über seine Lippen bringen sollte. Ironisch meint man, daß diese Pfingstbetrachtung des Vorstehers als Ersatz für den so warm den Arbeitern empfohlenen Gottesdienst dienen könnte, den die Arbeitenden ja zu ihrem lebhaften Scherzgeverfünnen mußten. Interessant wäre es, zu erfahren, welche Stellung man im Ministerium zu der Arbeiterbehandlung, sowie zu der gesundheitschädigenden Neuerung einnimmt, daß die Puffer, die eigentlich alle vierzehn Tage ihren freien Tag haben sollen, nunmehr sogar vier Wochen lang arbeiten müssen, bevor ihnen der so nothwendige Feiertag gewährt wird.

Gegen 3000 Mark sind, wie wir aus einer von der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichten Mitteilung ersehen, bei einer am Himmelstagsfesttage in den Kirchen Berlins veranstalteten Kollekte für die — Heidenmission zusammengelommen. Ob die edlen Spender auf das leibliche Wohl ihrer Arbeiter wohl ebenso bedacht sind, wie auf das geistige der afrikanischen Neger, die überdies, wie bekannt, für die „Segnungen“ des Christenthums zumest bestens danken?

Die unterirdische Stromzuführung für die elektrische Linie der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft bei der Lutherkirche gab so oft zu Betriebsstörungen Anlaß, daß sich die Direktion der Gesellschaft entschloß, beim Polizeipräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß auch für diese kurze Strecke,

deren Bau gegen 70 000 M. verschlungen haben soll, die oberirdische Stromzuführung zugelassen werde. Das Polizeipräsidium erkannte die Nothlage an und genehmigte die oberirdische Anlage, die denn auch schleunigst ausgeführt worden ist. Seitdem geht der Betrieb flott von Statten. Unterirdische Stromzuführung wurde anfangs gewählt, weil die Frommen meinten, daß die Kirche durch die Drähte verunstaltet würde. Dies Unglück soll nun garnicht eingetreten sein.

Von Frau Welsch, Nylstrasse 27, wird uns geschrieben: Zur Aussage des Polizeikommissar Schöne im Auer-Prozess in betreff des Genossen Stadthagen theile ich hierdurch mit, daß ich glaube, die Sache sei durch die Erklärung des Genossen Stadthagen in Nr. 116 des „Vorwärts“ erledigt, zumal die Bemerkung des Genossen Stadthagen in betreff der beiden Frauen vollständig der Wahrheit entspricht und es demzufolge meiner Ansicht nach keiner weiteren Festsetzung bedürfte. Da die Sache wiederum in heutiger Nummer des „Vorwärts“ unter Lokalen veröffentlicht ist, so erkläre auch ich, um jeden Zweifel zu beseitigen, daß ich niemals auch in keiner Weise Beschwerde über Genossen Stadthagen geführt habe. Demzufolge die Angaben des Gewährsmannes des Herrn Polizeikommissar Schöne in dieser Beziehung unwahr sind.

Für die Sommer-Ausflugzeit sei daran erinnert, daß es nach dem Forstpolizeigesetz verboten ist, in den Forsten ohne Berechtigung und Erlaubnis des Forsteigenthümers außerhalb der Wege zu gehen, reiten, fahren u. s. w., daß kein Feuer angezündet, nicht geschossen oder explodirende Gegenstände, wie Feuerwerk u. s. w., abgebrannt werden dürfen, daß außerhalb der öffentlichen Fahrwege auch nicht anders als aus Pfeifen mit geschlossenem Deckel geraucht werden darf, mithin das Zigarettenrauchen verboten ist. Endlich dürfen auch brennende oder glühende Gegenstände (Streichhölzer u. dergl.) nicht fallen gelassen, fortgeworfen oder unvorsichtig gehandhabt werden. Die Uebertretung dieser Bestimmung wird mit Geldbußen bis zu 50 M. oder mit Gefängniß bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Bezirkskommandos III und IV Berlin befinden sich vom 1. Juli 1896 ab im neuen Landwehr-Dienstgebäude, Gregorplatz Tempelhofer Feld, an der Anhalter Bahn, in der Nähe der Kolonnenbrücke.

Auf dem Auswandererbahnhof Ruhleben sind die gesundheitlichen Zustände jetzt befriedigend, da die an Pocken erkrankten Kinder wieder hergestellt sind.

Eine große Verkehrsabsperrung der meisten aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen hat Berlin heute abends von früh 7 Uhr bis zur Mittagszeit über sich ergehen zu lassen. Die Verkehrsabsperrung, die namentlich für die Belle-Alliancestraße gilt, bezieht sich sowohl auf den Lastwagenverkehr, als auch auf den Verkehr der Omnibusse und Pferdebahnen. Grund der Maßregel ist, daß heute Vormittag auf dem Tempelhofer Felde die „Frühjahrsparade“ stattfindet.

Das 17jährige Dienstmädchen Anna Heise, das am ersten Ofterferstage das Opfer eines Mordversuches geworden war, wurde am Donnerstag aus dem Krankenbause entlassen. Das Mädchen wurde, wie wir damals berichteten, von seinem verschmähten Liebhaber, dem 15jährigen Arbeitshurschen Heinrich Nier, in der Wohnung des Wäldermeisters Schlosser in Charlottenburg in den Kopf geschossen und schwer verletzt in die königliche Klinik in der Flogelstraße gebracht. Hier entfernte man durch einen chirurgischen Eingriff aus der Wunde mehrere Schrotkörner, die namentlich das rechte Auge gefährdeten. Das Mädchen ist jetzt fast vollständig wiederhergestellt; nur das Auge bedarf noch einer Nachoperation.

Ungefähr 8000 Gegenstände — Pakete, Schirme, Ueberziehe, Umhänge u. s. w. — sind während der drei Pfingstfeiertage in den Wagen der Berliner Stadt- und Ringbahn von Publikum zurückgelassen und seitens der Bahnbeamten aufgefunden worden, ein Beweis dafür, wie groß die Aufregung, Befürzung und Verwirrung war, in der sich die meisten Passagiere in den überfüllten Zügen befanden. Der vierte Theil der aufgefundenen Fundgegenstände bestand aus etwa 2000 Paketen mit Lebensmitteln. Diese Pakete werden nach dem Bahnbureau Alexanderplatz gebracht und ihrer leichten Verderblichkeit halber verpackt, wenn dieselben nicht innerhalb 24 Stunden reklamirt werden. Die übrigen Fundgegenstände wandern nach dem allgemeinen Fundbureau am Schlesischen Bahnhof (Eingang von der Wladimirstraße) und können dort abgeholt werden, widrigenfalls auch diese nach einiger Zeit versteigert werden.

Unausgeklärter Todesfall. Am Mittwoch Nachmittag hatte die Wirthschafterin Minna V. aus der Franzosstraße ihr einen Monat altes Söhnchen einer Frau S. übergeben, weil sie einen Gang zu machen hatte. Als sie einige Stunden später zurückkehrte, hatte Frau S. das Kind, da es eingeschlafen war, in einen Korb gelegt. Bald darauf war der Kleine todt. Eine schwere Verletzung am Schädel scheint darauf hinzudeuten, daß er gefallen ist. Mit Bestimmtheit wird die Todesursache erst durch die Leichenöffnung festgestellt werden.

Zu der Kommunalabtheilung der Maison de santé zu Schönberg machte am Donnerstag Nachmittag ein Patient den Versuch, sich an seinem Hofentrichter zu schämen. Der Hofentrichter rief jedoch, der Kranke stürzte einen Stock hoch hinab und wurde blutüberströmt und mit einem Schädelbruch aufgehoben. An dem Aufkommen des Kranken wird gezwweifelt.

Donnerstag Abend gegen 6 Uhr wurde von dem Dampfer „Britannia“, der Oberspreegelochs gehörig, zwischen Treptow und Rummelsburg ein Boot überannt. Das Boot war von den Herren Heinrich und Teuberz, Mitglieder des Berliner Rudervereins „Welle“, besetzt. Sie gerieten unter den Dampfer, retteten sich aber durch Schwimmen. Vom Dampfer aus wurden Rettungsringe geworfen, bis die beiden von einem Schiffer in einem Beilahn aufgenommen wurden.

Polizeibericht vom Freitag. Vor dem Hause Rathenowerstraße 1 wurde die 60 Jahre alte Rentiere Anna v. Winterfeld durch eine Kutsche überfahren und am Fuße sowie innerlich bedeutend verletzt. Nach Angaben der Zeugen soll den Kutscher keine Schuld treffen. — Mittags fiel die siebenjährige Tochter des Kaufmanns Leopold Kobrich aus einem Fenster der im ersten Stock des Hauses Königstr. 30 belegenen Wohnung ihrer Eltern auf den Bürgersteig hinab, trug jedoch anscheinend nur leichte Verletzungen am Kopfe davon. — In der Nacht zum 29. d. M. verunglückten zwei Männer dadurch, daß sie beim Ringen in die große Schaufensterscheibe eines Geschäfts im Hause Brangelstr. 43 fielen. Sie wurden dabei von den Ecken der Scheibe so schwer verletzt, daß der eine von ihnen auf der Flucht vor dem inzwischen dazu gekommenen Schutzmännchen vor dem Hause Stallgerstr. 59 mit einer sehr schweren Verletzung am Halbe bewußtlos zu Boden stürzte und nach dem Krankenbause am Urban gebracht werden mußte, wo sein Zustand als sehr bedenklich erkannt wurde. Der zweite Mann, in dem heute der 24jährige Steinfeher Schenke ermittelt wurde, hatte ebenfalls erhebliche Schnittwunden am Halbe erlitten, vermochte jedoch nach der Sanitätswache auf dem Oberlanger Bahnhofs zu gehen, wo ihm ein Verband angelegt wurde. Die Verletzung erwies sich jedoch als eine so schwere, daß auch er nach dem Krankenbause gebracht wurde. — Am 28. d. M. wurden drei Personen erhängt vorgefunden, und zwar der 43jährige Arbeiter Otto Schödel in seiner Wohnung Gregorstr. 23, die 67jährige Wittwe Luise Dönnig, geb. Stahl, in ihrer Wohnung Külliner Platz 2 und ein etwa 50jähriger Mann in den Anlagen am dem Jerusalemer Kirchhofe, Bergmannstraße 45—47. — Morgens geriet der 21jährige Bäcker Josef Schneider unter die Räder eines Geschäftsfuhrwerkes und zog sich erhebliche Verletzungen an den Armen und Beinen zu.

Witterungsübersicht vom 20. Mai 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9/11 u. 12 u. 1).
Swinemünde	761	SWW	3	bedeckt	12
Danburg	763	SWW	3	bedeckt	12
Berlin	762	SW	4	bedeckt	11
Miesbaden	763	N	4	wolkenlos	16
München	761	SW	4	bedeckt	14
Wien	758	SW	—	bedeckt	17
Paparanda	760	N	2	heiter	8
Gettersburg	761	S	1	heiter	18
Vort	772	SW	4	halb bedeckt	14
Aberdeen	768	SW	5	bedeckt	11
Paris	765	SW	3	wolkig	11

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Mai 1896. Ziemlich kühles, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Zu den werthvollsten und für Arbeiter instruktivsten Ausstellungsobjekten der Berliner Gewerbe-Ausstellung gehören diejenigen, welche die „Schule Meurer“ vorführt. Sie sind in dem Gebäude für Schulinrichtungen untergebracht und füllen das erste Zimmer rechts, zu ebener Erde. Mit ist die Klage, daß unsere Kunst, insbesondere soweit sie im Kunsthandwerk zum Vorschein kommt, sich allzusehr der überlieferten Ornamentformen bedient. Was Griechen und Römer und auch der Japaner gesehen, stillirt und geschaffen, wird immer wieder kritiklos übernommen und nachgeahmt. Zu England ist der Widerspruch gegen diese Schablonenmanier etwas älteren Datums, und an den Namen Walter Crane's — es ist derselbe, der vor einigen Jahren das schöne Maffestblatt geschaffen — knüpfen sich die Hoffnungen schaffensfreudiger Neulust. In Deutschland scheint eine ähnliche Rolle M. Meurer zu spielen. Professor Meurer leitet seit fünf Jahren in Rom eine Zeichen- und Modellirklasse, zu deren Erhaltung der preussische Staat einen Zuschuß leistet. Ausgehend von der Thatsache, daß die Ornamentik zur Hauptsache auf Pflanzenformen basiert, stellt die „Schule Meurer“ das Studium lebender Pflanzen voran. Der Schüler lernt erst Pflanzen künstlerisch betrachten, sieht dann, wie die alten Künstler zu ihren Stillisierungen kommen, findet zum Schluß an bisher nicht verwendeten Pflanzen und Pflanzentheilen neue Motive, die nach Verwirklichung schreiben. Als Grundsatz gilt, daß die Schüler ihre Studien soweit als möglich an lebenden Pflanzen machen. Das ist aber nicht immer möglich. Manche Pflanzen welken und verändern sich leicht, werden sie gepreßt, so nützt ihr Studium nur bei Anwendung für Flachformen. Aus diesen Gründen arbeitet die Schule auch mit Nachbildungen. Fortere Theile, Blüthen und Staubgefäße werden in Spiritus oder durch Eintauchen in geschmolzenes Paraffin konservirt, Plätter mit Wachs hinterlegt, Knospen, Stengel und Blattansätze in Gips vervielfältigt oder in Bronze gegossen. Sind die Objekte sehr klein, dann geht gewöhnlich auch eine Vergrößerung voraus. Alle diese Hilfsmittel und Modelle sind in der Ausstellung vertreten. Man haunt, welcher Formenreichtum sich in einem Zweige der unscheinbaren Gewerbe-Ausstellung, welche Schönheit die auffringende Knospe einer Rostkastanie offenbart, wie leicht sich aus allen Sprossen und Blatttheilen, Blüthen und Fruchtformen ein Motiv abhebt, das sofort zur Verwendung gelangen kann. In dem Ausstellungsraum hängen auch verschiedene Lichtdrücke, auf welchen Meurer schematisirende, naturalistische und perspektivische Darstellungen von Pflanzen und Pflanzentheilen bringt. Sie sind seinem Buche „Pflanzenformen“ entnommen, in dem er eine Formenlehre der Pflanze nach Richtung ihrer Struktur, Anatomie, ihres Organismus und ihrer Maßverhältnisse giebt. In nächster Zeit werden von demselben Verfasser in fortlaufenden Heften „Pflanzenbilder“ erscheinen, ornamental verwendbare Naturstudien für Architekten, Kunsthandwerker, Musterzeichner und so weiter. Eine Schrift über „Die Entwicklung des griechischen Mauthornamentes“ ist ebenfalls in Vorbereitung. Wir können den Besuch der „Schule Meurer“ allen in Frage kommenden Arbeiterkategorien, Formern, Gold- und Silberarbeitern u. s. w., u. s. w. nur auf das angelegentlichste empfehlen.

Die Stufenbahn auf der Gewerbe-Ausstellung wurde gestern Vormittag, nachdem sie übrigens schon vor einigen Tagen in Betrieb war, vor einem geladenen Publikum offiziell eröffnet. Seinen Namen hat dieses neue Beförderungsmittel davon erhalten, daß man durch verschiedene Geschwindigkeitsstufen hindurch schließlich diejenige erreicht, mit welcher die Bahn fährt. Dadurch soll erreicht werden, daß die Bahn in dauernder Bewegung bleibt, und man trotzdem zu jeder beliebigen Zeit sie besteigen oder verlassen kann. Neben der Bahn läuft auf ihrer ganzen Länge ein fester Bahnsteig hin, von welchem man auf eine bewegliche Plattform tritt, die sich mit einer mäßigen Geschwindigkeit daran vorbeibewegt. Im Maximum soll die Geschwindigkeit fünf Kilometer pro Stunde betragen, das ist noch nicht ganz 1/2 Meter pro Sekunde, was eine durchaus langsame Bewegung ist. Es ist selbstverständlich, daß man in der Fahrtrichtung auf- und absteigen muß; thut man das nicht, so kann man natürlich stürzen; doch ist eine Gefahr, überfahren zu werden, nicht vorhanden, da die Räder nicht sichtbar, sondern von den Plattformen überdeckt sind. Auch trägt die bewegliche Plattform Stützen, an denen man sich beim Aufsteigen halten kann.

Von dieser beweglichen Plattform tritt man auf eine zweite über, welche sich doppelt so schnell bewegt, als die erste; da aber diese schon in Bewegung ist, so ist das Ueberklettern ebenso leicht, wie von dem festen Bahnsteig auf die erste Plattform. Auf der zweiten Plattform sind in Abständen von je einem Meter Sitzbänke mit je 3 Plätzen angebracht; da die ganze Bahn 500 Meter lang ist, so haben auf ihr im ganzen 1500 Personen Platz.

Die ganze Strecke kann in 3 Minuten zurückgelegt werden; somit reicht die Bahn für eine Beförderung von 30 000 Menschen pro Stunde aus. Freilich ist die Geschwindigkeit keine sehr große; wenn man aber bedenkt, daß jedes Anhalten bei einer solchen Bahnanlage vermieden wird, daß vielmehr das Auf- und Absteigen zu jeder Zeit während der Bewegung erfolgt, so wird es wahrzunehmen, daß sie von der Pferdebahn an Schnelligkeit kaum übertroffen wird. Uebrigens kann man noch mehr Plattformen einrichten, wodurch man eine weitere Reihe von Geschwindigkeitsstufen erhält; bei 4 Plattformen liege sich schon eine Geschwindigkeit von 4 x 5 oder 20 Kilometer erreichen. Freilich wird die Einrichtung dadurch auch wieder komplizirter und theurer. In Treptow werden die beiden Platten durch Elektromotoren getrieben, und zwar ist die langsamere bewegliche mit der Uge, die schneller bewegliche mit dem Umlange des Rades des Motorwagens, welcher den Strom von einer Centralstation erhält, verbunden.

Die Erbauer rühmen der Bahn alle möglichen guten Eigenschaften nach, u. a. auch das Ein- und Aussteigen nicht nur zu jeder Zeit, sondern an jeder Stelle. Das letztere ist wohl nicht ganz richtig; da wir für die Benutzung der Bahn bezahlen müssen, so ist es schon nothwendig, den Zugang nur an bestimmten Stellen, also an besonderen Bahnhöfen zu gestatten. Doch läßt sich nicht verkennen, daß das neue Bahnsystem ein sehr betriebssicheres und bequemes ist, und vielleicht wird es

sich geeignet erweisen, den Massenverkehr, welchem unsere Stadtbahn nur ganz unvollkommen gerecht wird, in menschenwürdiger Weise zu bewältigen.

Zur Volksernährungs-Etablisement auf der Gewerbe-Ausstellung werden, so verländet jetzt Herr Abraham durch Zeitungsannoncen, die Speisen vor den Augen des Publikums zubereitet; auch werde der etwaige Ueberfluß zur Speisung armer Kinder der Wittwen und Arbeitslosen im Winter verwendet. Diese Mittheilung sieht ganz danach aus, als ob Herr A. — nachdem er das Opfer nicht eines Uebereitschreies, wie er mit Würdigermaßen erklärte, sondern nur eines „billigen“ Einkaufs geworden ist — seine Kundschafft zum Theil eingeholt hat und sich nun noch mehr Nähe als bisher geben muß, das kühn gewordene Publikum an seine Tische zu nöthigen. Der reklamelundige Mann will zu verstehen geben, daß man nicht ihn, den edlen Wohlthäter, sondern die Kinder der Armen schädigt, wenn man aus Ecken vor unanständiger Bedienung und verdorbenem Fleisch nicht mehr bei ihm speist. Die bezeichnete Verwendung der Ueberflüsse war von vornherein beabsichtigt. Auch durch eine Inschrift an dem Etablisement, die mit der allen Veröffentlichungen des Herrn A. eigenen Unbestimmtheit nur von „hiesigen Wohlfahrts-Einrichtungen“ sind die „Kinder-Wohlfürsorge“ und die „Israelitische Wohlfürsorge“. Beide Unternehmungen werden von Herrn A. geleitet.

Für ermäßigte Eintrittspreise auf der Gewerbe-Ausstellung treten jetzt auch bürgerliche Blätter ein, so die „Freiwillige Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“. Die durchschnittliche Besucherzahl ist bis jetzt nach maßgebender Schätzung täglich 38—39 000 gewesen, also weit hinter der erwarteten Zahl von 60 000 zurückgeblieben. Unter den Garantie-Fondszeichnern soll sich, wie mitgeteilt wird, schon heute eine sehr gedrückte Stimmung geltend machen, da man an ein Nachholen des Verlorenen nicht mehr glauben will. — Auf ein Nachholen wird allerdings nur bei einer für die große Masse der Bevölkerung wesentlich in betracht kommenden Ermäßigung der Eintrittspreise zu rechnen sein. Aber es scheint ja, daß die maßgebenden Personen hiervon nichts wissen wollen und so muß denn schon angenommen werden, daß die Garantie-Fondszeichner sich nicht allzu viel aus dem ihnen drohenden Falle machen.

Der Arbeitsausschuß der Ausstellung hat angeordnet, daß vom 1. Juni ab statt der bisherigen Karten für Angestellte u. andere ausgegeben werden, wodurch dem bisherigen unerlaubten Weitergeben der Einlasskarten gesteuert werden soll.

Ueber enorme Rauchentwicklung bei der elektrischen Zentrale im Vergnügungspark, durch welche selbst die Feuerwehr schon irritirt worden ist, liegen sowohl die Aussteller des Vergnügungsparks als auch die Bewohner Treptows. Aus dem Schornstein dieser Zentrale dringen so ungeheure Rauchmassen hervor, daß große Komplexe der Umgebung von dem furchtbaren Qualm angefüllt werden und den Aufenthalt im Vergnügungspark sowohl als auch in den Vergnügungsolalen in Treptow fast zur Unmöglichkeit machen.

Vom Kaiser Wilhelm II. weiß die „Berliner Zeitung“ zu melden, daß er dem Vernehmen nach beabsichtige, anlässlich des Wite Juni zu erwartenden Besuchs des Vereins englischer Schiffsingenieure im Auditorium des Chemiegebäudes auf der Ausstellung einen Vortrag zu halten. Dieser Tage war der Kaiser, wie nebenbei bemerkt sei, zu Besuch auf der Ausstellung. Einen anwesenden Hofjuwelier, der die Geschenke anzufertigen pflegt, welche auf den Reisen des Kaisers vertheilt werden, fragte der Monarch denselben Blatt zufolge: „Sie sind doch wenigstens mit meinen Reisen zufrieden?“

Im Besitze der Ehrenkarte des Beauftragten einer ausländischen Regierung wurde am vorgestrigen Tage ein Kaufmann gefunden, welcher auf diese Weise Zutritt zur Ausstellung suchte. Wie sofort festgestellt werden konnte, hat der Befitzer der Ehrenkarte, Direktor S., dieselbe kurz vorher dem Kaufmann übergeben; die Karte ist infolge dessen eingezogen worden. Sowohl gegen Direktor S. als auch gegen den Kaufmann ist bereits Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Die Direktion der Spezial-Ausstellung Kairo hat mit dem Arbeitsausschuß der Gewerbe-Ausstellung Unterhandlungen angeknüpft wegen Anschließung von Kairo aus der Gewerbe-Ausstellung in soweit, als für das Betreten dieser Sonder-Ausstellung allein nicht auch gleichzeitig Entree für die Gewerbe-Ausstellung erhoben wird. Wiewohl sich die Direktion von Kairo zu bedeutenden Opfern verpflichtet, falls der Arbeitsausschuß auf diese aus Kreisen des Publikums laut gewordene Forderung eingehe, hat sich derselbe doch bisher ablehnend gezeigt.

Von den Marine-Schauspielen geht uns die Mittheilung zu, daß die Ursache des Mißglückens der Bomben während der ersten Vorstellung des Feuerwerks der Girandola in der Fruchtbarkeit und Nachgiebigkeit des Sandbodens zu suchen ist, wie sich bei der sofort vorgenommenen Untersuchung herausgestellt hat. Es sind ferner nur einige wenige Fälle zur Kenntniß der Direktion gekommen, daß das Publikum Brandschäden zu erleiden hatte; auch ist ein Matrose nicht von einem herumschwebenden Bombensplitter verletzt worden, sondern durch eigene Unvorsichtigkeit beim Laden eines Schiffgeschützes. Nichtsdestoweniger werden von nun an ausschließlich Fronten- und Brillantfeuerwerke vorgeführt.

Eine Spezialausstellung von Seefischkonserven in der Fischerei-Ausstellung ist vom deutschen Seefischerei-Verein in Aussicht genommen worden.

Verdichtung. In der Beilage zur gestrigen Nr. 123 muß es in dem Artikel „Die Berliner Gemeindefchulen in Treptow“ zum Schluß heißen: „daß diese (nicht die) Schulen ihre Aufgabe in ausgezeichneter Weise erfüllen.“ Es besteht sich das nur auf die Fach- und Gewerbeschulen, keineswegs auf die Gemeindefchulen, von welchen sich derartige Sicherheit nicht behaupten läßt.

Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater bringt anfangs nächster Woche das von Eugen Jabel bearbeitete Turgenjew'sche Schauspiel „Natalie“ zur Aufführung. Die Titeltrolle spielt Frau Clara Meyer als Gast. Heute, morgen Sonntag und Montag finden die letzten drei Aufführungen von „Viel Lärm um Nichts“ statt.

Dr. Sven Hedin, der schwedische Forschungsreisende, der seit einigen Jahren in Zentralasien weilt und im vorigen Jahre den Versuch, die Talla-Utlanenwüste zu durchqueren, fast seine gesamte Karawane und Ausrüstung verlor, hat in diesem Frühling von Kaschgar aus eine neue Wüstenreise unternommen, die glücklich verlief und ihn über Yarkand, Karakul und Khotan bis zur kleinen Stadt Schah-jar am Tarimflusse führte. Seine Karawane legte in 41 Tagen, davon einen großen Theil im Wüstenlande, über 600 Kilometer zurück. Die Wüste Talla-Utlan wurde an der breitesten Stelle durchquert. In der schwierigsten Sandwüste zwischen Keria und Sch-jar entdeckte Hedin Ruinen von zwei uralten Städten, von denen sich die eine als von gewaltiger Ausdehnung erwies. Beide Städte zeigten deutlich, daß sie von Buddhisten bewohnt gewesen sind. Zwischen hat Hedin den Weitermarsch durch die Urdwälder des Tarimgebietes nach Kurla und zum Kob-Nor angetreten. Dann geht es durch das eigentliche China und Sibirien heimwärts.

Ueber die Frage, ob bei Gesuchen um Gewährung des Armenrechts die Armenverwaltung das erforderliche Armutsgeweihe auszustellen befugt ist, hat sich das Reichsgericht in einem neueren Erkenntnis dahin geäußert: Nach § 109 der Zivilprozess-Ordnung ist dem Gesuche um Bewilligung des Armenrechts ein von der obrigkeitlichen Behörde der Partei ausgestelltes Armutsgeweihe beizufügen. Welche Behörde im § 109 gemeint ist, ist zweifelhaft. Die Bestimmungen des preussischen Gesetzes vom 10. Mai 1855 § 5, daß die ortspolizeilichen Behörden zur Ertheilung von Armenattesten zuständig seien, auf den § 109 der Zivilprozess-Ordnung zu übertragen, ist höchst bedenklich, da § 109 von polizeilichen Behörden nicht spricht. Eine Prüfung der Frage seitens der königlich preussischen Minister der Justiz und des Innern hat zu dem Ergebnisse geführt, daß unter der Behörde in § 109 für die preussische Monarchie nicht ausschließlich die Polizeibehörden zu verstehen seien und daß die Staatsverwaltung befugt sei, auch anderen Behörden, z. B. den städtischen Armenverwaltungen die Zuständigkeit zur Ausstellung von Armutsgeweihe zu übertragen.

In welcher insamen Weise zuweilen mit der persönlichen Ehre der Hotelangestellten umgesprungen wird, zeigte eine Gerichtsverhandlung, die gestern aus Anlaß eines im Kontinental-Hotel erfolgten Diebstahls stattfand. Wenn in diesem Hotel, so sagte Direktor Pfeiffer unter seinem Eide aus, ein Fremder die begründete Anzeige macht, daß er dort bestohlen worden ist, dann wird sofort das sämtliche Personal, soweit es bei der Sache in Frage kommen kann, entlassen, und der Unschuldige muß mit dem Schuldigen leiden. Es wird also das Personal, selbst wenn ein Fremder, wie dies ja recht häufig vorkommt, da es eine Spezialität „Hoteldiebe“ giebt, gestohlen hat, wegen Verdachts des Diebstahls entlassen, sofern es nicht sofort gelingt, den wahren Thäter zu ermitteln. Daß dies aber sehr schwer, ja in den meisten Fällen nicht möglich ist, hat Herr Direktor Pfeiffer ebenfalls betundet!

Prozess Schüler. Vor der Strafkammer in Hannover begann am Freitag die Verhandlung gegen den dortigen freisinnigen Redakteur Schüler, welcher angeklagt ist, den Kriegsminister, eine Anzahl Offiziere und den Offizierstand im allgemeinen durch Broschüren beleidigt zu haben. Mehrere Offiziere sind als Zeugen geladen. Der Kriegsminister ist vom persönlichen Erscheinen entbunden und daher kommissarisch vernommen worden. Die Verhandlung wird voraussichtlich mindestens zwei Tage in Anspruch nehmen. Schüler wird beschuldigt, in einer von ihm verfaßten und herausgegebenen Broschüre, „Kasernenleben“ betitelt, den preussischen Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff in verleumderischer Weise beleidigt zu haben. Der Name des Angeklagten ist gelegentlich der letzten Berathung des Militäretats im Reichstage mehrfach genannt worden. Der Reichstags-Abgeordnete Nebel hatte damals eine Reihe von Fällen aufgeführt, wonach im preussischen Heere vielfach Soldatenmishandlungen vorkämen, er führte dabei auch den Namen des Angeklagten an. Letzterem sollte von seinen Vorgesetzten während seiner dreijährigen Dienstzeit übel mitgespielt worden sein. Als sich Schüler dann bei dem Kommandeur des Regiments darüber beschwert habe, sei er einfach in die zweite Klasse des Soldatenstandes gesteckt worden. Auf diese Angaben des Abgeordneten Nebel bemerkte damals der Kriegsminister unter anderem: Er kenne den Fall Schüler sehr genau. Schüler sei ein widerpenstiger Soldat gewesen und sei deshalb ein paar Tage in Arrest gekommen. Statt sich zu beruhigen, habe er sich bei dem Hauptmann beschwert und dieser habe ihn auf sechs Wochen in Arrest sperren lassen. Auch jetzt habe sich Schüler noch nicht beruhigt, sondern sich bei dem Kommandeur des Regiments und in einer Immediateneingabe auch bei dem Kaiser beschwert. Wegen dieser Insubordination und wegen

seiner schlechten Führung sei er dann zur Strafkompagnie gekommen, nicht aber wegen seiner Beschwerde beim Kommandeur. Er, der Kriegsminister, wisse dies ganz genau, denn der Kommandeur des Regiments sei er selbst gewesen. Gegenüber diesen Angaben des Kriegsministers berief sich der Abgeordnete Nebel auf eine von Schüler verfaßte Broschüre, in welcher dieser seine Erlebnisse beim Militär niedergelegt hat. In dieser Broschüre nun soll Schüler von dem Kriegsminister unwahre Thatsachen behauptet und ihn dadurch beleidigt haben. Der Termin zur Hauptverhandlung war schon verschiedene Male angelegt, mußte aber immer wieder vertagt werden, da der Angeklagte einen großen Apparat aufbieten will, um seine Behauptungen zu beweisen. Bemerkte sei noch, daß der bekannte frühere Premierlieutenant Kraft in München in seiner Broschüre „Kasernenleben“ sich wiederholt auf die Angaben der Schüler'schen Schrift beruft. Die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Jffendorp-Hannover übernommen.

Vermischtes.

Ueber die Katastrophe von St. Louis wird weiter gemeldet, daß die Zahl der Todten jetzt auf 1400, die der Verwundeten auf mehrere tausend geschätzt wird. Der materielle Schaden soll sich auf mehrere Millionen Dollars belaufen.

Ueber die Jyllon-Katastrophe in den Vereinigten Staaten wird vom Donnerstag noch aus New-York berichtet: Nach den letzten genaueren Berichten war die Zahl der bei dem Jyllon in St. Louis Getödteten zu hoch angenommen. Es steht fest, daß 500 ungenommene sind, es ist aber unmöglich, augenblicklich anzugeben, wie viel Leichen noch unter den Trümmern begraben liegen. — Beide Häuser des Kongresses beschloßen, die durch den Jyllon Heimgefuhrten in St. Louis mit Zelten und sonstigen Hilfsmitteln versehen zu lassen.

Dem kürzlich entschlafenen Reichshund Tyras wird in der Wiener „Neuen Presse“ ein passender Nachruf gewidmet, aus dem wir folgende Verse wiedergeben:

Der Reichshund Tyras ist dahin,
Der beste von allen Rädern
Des heiligen Deutschen Reiches ist
Verjammelt zu seinen Vätern.
Bei seinen Rädervätern im
Olympischen Hundelocke
Weilt Tyras nun, das edle Vieh,
Der Haupthund seiner Epoche.
Er war kein Hund, wie wir alle sind,
Bestehend aus Hirn und Magen,
Er war eine blonde Bestie, ja,
Ein Ueberhund sozusagen.
Auf, laßt uns singen an Tyras' Grab,
Ein Lied vom Hundetode,
Eine düster knurrende Elegie,
Eine schaurig winselnde Ode!
Der Schmerz vereinigt uns — der Hund
Soll mit dem Dichter gehen,
Der deutsche Dichter, der deutsche Hund
Stehn auf der Menschheit Höhen.

Briefkasten der Redaktion.

Bettfedern-Reinigungsmaschinen liefern Kühn u. Gove- mann, N. Dalldorferstr. 7; Ed. Löwe u. Sohn, Hamburg, Platanenp. 23; J. von Koll, Osnabrück.
Briefträger der Privatpost. Bringen Sie uns eine durch den Stempel ihrer Organisation beglaubigte Mittheilung.
F. Kumpf. Sie sind im Irrthum. Ueber die Zustände in diesem Theil der Ausstellung haben wir neuerdings mehrfach

Schilderungen gebracht. Sehen Sie die Nummern unseres Blattes von den letzten 14 Tagen durch.

Meyer. Ist es Ihnen nicht möglich, die beiden Kinder oder deren Eltern gelegentlich einmal zu einer Besprechung mit uns zu veranlassen?

S., Genthin. 1. Rein. 2. Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz ist nicht aufgehoben. 3. Ist die Wohnung gesundheitsgefährdend, so können Sie ausziehen. 4. Rein. — F. M. Sch. 100. 1. Durch eidesstattliche Versicherung. 2. Rein. 3. Der unterliegende Theil hat die Prozesskosten zu tragen: war vor Klageanstellung der Interventionsanspruch nicht glaubhaft gemacht, so können dem Kläger die Kosten auferlegt werden, wenn Beklagter den Klage-Anspruch anerkennt. — Fröhlich, M. W., M. N. Altersrente hat zu beanspruchen, war 1. das 70. Lebensjahr vollendet hat, 2. 80 Beitragsjahre (1410 Wochen) hindurch versichert gewesen ist. Da die zweite Bedingung zur Zeit nicht erfüllt werden kann, so tritt für die vor dem 1. Januar 1851 Geborenen eine Herabsetzung der dreijährigen Wartezeit unter der Voraus- setzung ein, daß der Betreffende während der Zeit vom 1. Januar 1888 bis 1. Januar 1891 mindestens 141 Wochen hindurch in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat, das die Versicherungspflicht begründet hätte, wenn das Abbe- gehen schon damals gültig gewesen wäre, und eine Arbeits- bescheinigung hierüber beibringt. Diese Herabsetzung der Warte- zeit besteht darin, daß sich die 1410 Beitragswochen um so viel Beitragswochen und Jahre vermindert, als ihr Lebensalter am 1. Januar 91 an Jahren und vollen Wochen das vollendete 40. Lebens- jahr überschritten hat. Für den am 9. Januar 1884 geborenen Müller J. B. betrage die Wartezeit 1410 weniger 800 also 600 Wochen. F. Sch. Schreiben und was sonst über 7 Jahre alte Kinder beim Spiel u. s. w. zerbrechen, haben deren Eltern nicht zu ersehen. — N., Preusslan. Kündigungsklausel besteht in Ihrem Fall nicht. — Eberswälderstraße. Der Finder ist berechtigt zu verlangen: 1. Ersatz der auf die gesundene Sache verwendeten Kosten, 2. 1/10 des Werths der Sache als Belohnung. Uebersteigt der Werth der gefundenen Sache 1500 M., so beträgt der Finder- lohn 150 M. und 1 pCt. des 1500 M. überschreitenden Werths der Sache. — J. A. Mit strafrechtlichen Schritten würden Sie kaum durchdringen. Fordern Sie den Rechtsanwalt Hugo Sachs als Eigentümer des Hauses auf, Ihnen inner- halb drei Tagen den Schlüssel zurückzugeben. Eventuell verklagen Sie ihn und den jetzigen Inhaber des Schlüssels auf Herausgabe. — W. G. 28. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — W. G. 300. Ja. — Zehdenickerstr. 100. In 30 Jahren. Schütz 17. Sie können schriftliche Vollmacht verlangen oder die Miete hinterlegen. — S. W. 100. Durch die Zwangsvollstreckung entzieht der Nachtheil, daß Pfändbares gepfändet und verkauft werden kann. — N. Sch. Nein. — J. 14. Vermögenskonfiskation ist als Strafe nicht mehr zulässig. Häufig führt die Vertreibung der enormen Kosten jedoch zu demselben Erfolg. — S. W., Danzigerstraße 3. 1 Ohne nähere Angaben nicht zu beantworten. 2. Mädchen, die vor ihrer Heirat 288 Klebenmarken zusammengesammelt haben, erhalten die Hälfte des Klebenmarkenbetrages zurück, wenn Sie innerhalb 3 Monaten nach Eintritt in den Ehestand den diesbezüglichen Antrag an den Vorstand der Versicherungsanstalt, von der die letzte Karte herrührt, richten. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie Seite 319 in Stadthagen, Arbeiterrecht. — III und N. 1000. Der Anspruch auf Unterstützung von Familien- angehörigen zu Friedensübungen eingezogener Mannschaften ist bei der Gemeindebehörde des Ortes zu erheben, an dem der Einzuzogene zur Zeit vor der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 pCt., für jedes sonst unterstützungsberechtigte Familienmitglied 10 pCt. (insgesamt aber höchstens 60 pCt.) des ortsbildlichen Tages- lohnes. Ein Beispiel für einen Antrag finden Sie im „Arbeiterrecht“ von Stadthagen, Seite 331.

Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend. Sonnabend, den 13. Juni 1896: Grosses Sommernachts-Fest in den Gesamtträumen der Neuen Welt, Hasenhaide 108-114. Grosses Concert. Grosse Spezialitäten-Vorstellung. Großes Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk. In beiden Sälen: Grosser Ball. Anfang Nachmittags 4 Uhr. Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets inkl. Tanz à 30 Pf. sind bei den Werkstat-Vereinsmännern, bei den Kassirern, in sämtlichen Zählstellen, sowie auf dem Arbeitsnachweis, Annenstr. 59, zu haben. [298,5] Der Vorstand.

Geschäfts-Bericht der Arbeiter-Konsumgenossenschaft „Befreiung“ Berlin, Kottbuserstrasse 11. Der Umsatz des Geschäfts vom 5. Oktober 1895 bis 31. Dezember 1895 betrug: 8584,34 M. 1925b

Gewinn- und Verlust-Konto.	
An Unkosten-Konto	481,63
Reingewinn	24,81
Markt 506,44	

Bilanz-Konto	
Aktiva	Passiva
Rassendbestand	Antheil-Konto
Waarenbestand	Darlehens-Konto
Inventar-Konto	Kreditoren-Konto
Einschreib-Konto	Reingewinn
Markt 2063,47	

Die Zahl der Genossen (nach 3 monatlichem Bestehen) betrug Ultimo 1895 122, mithin das vollgezählte Guthaben der Genossen 122 x 5 = 610 Mark, die Passivsumme 122 x 5 + 5 = 1220 Mark. Da die Genossenschaft keine Dividenden zahlt, sondern die Waaren zu den niedrigsten Preisen verkauft, ist der Reingewinn ein niedriger. Arbeiter-Konsumgenossenschaft „Befreiung“ in Berlin Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Kaspistik. Carl Quarder, Vorsitzender. P. Stief, Kassirer. Für den Aufsichtsrath: Paul Schulz, Franz Bode, Gustav Friedrich.

Meine gegen Herrn W. Steinbach gethanen Aeußerungen beruhen auf Irrthum und nehme dieselben hiermit zurück. W. Kohns. 1942b

Frbl. Schlafst., g. Wasserluft, schöne Aussicht, f. 1 o. 2 Pers. im Sommerfeld, Köpckeplatz 37, S. I L. 1926b

Schlafst. m. Kost u. Wäsche, Woche 6 M., zu erst. Königsbergerstr. 7, St. I. L. 1926b

Gut möbl. Schlafst. Dwe. Schröder, Reichenbergerstr. 63a. 1933b

Schlafst., möbl., Brunnenstr. 6, am Rosent. Th., Quergeb. 1 Tr. Schwabe. 1926b

Buchhandlung Vorwärts Reuthstr. 2. Berlin SW.

Sieben erschienen:

- Revolution und Kontrevolution in Deutschland. Von Karl Marx. Mit einer Vorrede von K. Kautsky. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M. — Porto 20 Pf.
- Die glänzendste und schärfste Charakterisierung der entscheidenden Faktoren in der deutschen Revolutionsbewegung.
- Geschichte des Sozialismus. I. Bd. Theil 1 und 2. Brosch. je 3 M., Ebd. 4,50 M., Halbj. 5,50 M. — Porto 50 Pf.
- Beiträge zur Geschichte des Materialismus. Von W. Plechanow. 3,50 M. — Porto 30 Pf.
- Geschichte der englischen Arbeit. Von C. Rogers. Brosch. 5 M., Ebd. 6,50 M., Halbj. 7 M. — Porto 30 Pf.
- Geschichte der deutschen Schiffszimmerer. Von J. Grosch. Brosch. 2,25 M., geb. 3 M. — Porto 30 Pf.
- Englische Gewerkvereins-Bewegung. Von C. Hugo. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M. — Porto 20 Pf.

Neue Agitationschriften.

- Arbeiterkatechismus. Von R. Calwer.
- Arbeiterelend in der Konfektions-Industrie. Zweierlei Recht. — Liebknecht-Prozess. Preis je 10 Pf. — Porto 3 Pf.
- Arbeiterschutz-Henchelei. Mit Nachwort von A. Bebel.
- Septemberkurs vor dem Reichstag.
- Elener Meivoids-Prozess. Preis je 15 Pf. — Porto 5 Pf. 294/11

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands Verwaltung Berlin I. Den Mitglidern zur Nachricht, daß das Mitglied August Weigang am 27. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes (Brig.) aus statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht 176/18 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, der Tischler Paul Jurchen heute früh 9 1/2 Uhr nach schwerem Kampfe verschieden ist. Um stilles Beileid bittet Die tieftrauernde Wittwe Wilhelmine Jurchen nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. d. Mts., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Richardstr. 66 in Rixdorf aus statt. 1927b

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Anna Koffke geb. Särchingen am 27. Mai früh sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Andreas-Kirchhof in Wilhelmshagen statt. Der trauernde Gatte nebst Verwandten. 1935b

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Reich- und Bairisch-Bier-Lokal, sowie meinen reichhaltigen Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. Vereinszimmer für 30 Personen. Vermaun Raabe, Stalherstr. 22.

Arbeitsmarkt. Klavierarbeiter. Der Streik der Berliner Klavier-, Klavier- und Piano-Mechaniker dauert unverändert fort, wir ersuchen die Kollegen und verwandten Berufs-genossen, die Tischler, den Jung fernzuhalten. 286/7 Die Lohnkommission.

Achtung Tischler! In der Bautischlerei von Hartmann, Leberstr. 27 in Weissenhof, sind Differenzen ausgebrochen. 284/14 Jung ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung. Schriftföher (Schweizerdegen), Parteilosen, verh., der schon Drucker geleitet, sucht, gest. a. gute Zeugn., baldigst Stelle, event. auch als Expedient oder als Redakteur einer kleineren Zeitung, Berichterstatter, Kritiker u. s. w. Gest. Offerten unter D. an die Exped. d. Bl.

Eine große auswärtige Möbelfirma sucht in Berlin einen ca. 12 Leute beschäftigenden Fabricanten auf Bettstellen resp. 1-2 kompl. Schlafzimmer zur ausschließlichen alleinigen Beschäftigung. Abnahme erfolgt durch anständigen Fachmann, ebenso wöchent- liche Regulierung. Offerten unter F. E. an Rudolf Mosso, Berlin W. 8. 1927b

Verfilberer verlangt Anklamerstraße 32. 1927b

Verfilberer finden dauernde Beschäftigung bei Hugo Raucke u. Co. 1941b

Tüchtige Mädchen auf Polsterarbeiten verlangt Kottbuserdamm 100, 1941b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 30. Mai.
Opernhaus. Fra Diavolo. Phantasien im Bremer Rathstheater.
Neues Opern-Theater. Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. Die Karolinger.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Kessing-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Tata-Toto.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen.
Friedrich-Wilhelm-Stadt-Theater. Der Bettelstudent.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Hamlet's Geist.
Theater Unter den Linden. Der Großherzog.
Schiller-Theater. Viel Lärm um Nichts.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Salle-Alliance-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Waliner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.** (Beatrice: Frau Clara Meyer a. G.)
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.** (Beatrice: Frau Clara Meyer a. G.)

Theater Alt-Berlin.
 (Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)
 Jeden Nachmittags 8 1/2 u. 5 1/2 Uhr:
Wärfliches Ringelstechen.
 Eintritt 60 Pf., Parfett 1 M., Logo 2 M.
 Abends 7 1/2 Uhr.
Gotzkowsky.
 An mein Volk. Ringelstechen.

Alt-Berlin.
 Bei günstiger Witterung nachmittags 8 Uhr: **Wärfliches Jagd- u. Beutezug.**
 Nachmittags 6 Uhr:
Aufzug zum Ringelstechen.
Drei Musikkorps.
 Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin. Volksbelustigungen. Seiltänzer. Zauberei etc. Vergnügen. Diorama etc. etc.
 Eintritt: 25 Pfg.
 Donnerstag 50 Pf.
 Passepartouts à 4 Mk.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
Sache dich tot!
 in der tollen Gefangenschaft
 Die Reise
 durch die Gewerbeausstellung
 in 8 Akten (6 Bildern) von Hugo Basse.
 Regie: Max Samst.
 Auf der Sommerbühne
28 Spezialitäten.
 Glanznummer des Abends **Mr. Hall der Dynamitmann, der Mann mit dem Steinkopf.**
 Im Garten Entree frei.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Sonnabend:
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Vorher: Mit neuer Ausstattung:
Die Bajazzi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von G. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Brauerei
 Lützowstrasse 111/112.
 (Saal resp. Garten.)
 Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Säger
 (Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 6 Uhr. — Entree 50 Pf.
 Vorverkaufsbillets für die Wochentage à 40 Pf. u. Familienbillets à 1 Mark (für drei Personen gültig). Siehe Plakate!

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
 abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/62, Lehr. Stadtbahn.
 Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
 abends ab. Eintritt 50 Pf.

Castan's Panopticum.
 165 Friedrichstrasse 165.

Das Bärenweib
 phänomenales Naturspiel
 aus den Felsenbergen New-Mexico's!
 Illusionen — Kasperle-Theater —
 Damen-Kapelle — Irrgarten.

Passage-Panopticum.

Lezte Woche!!
 Ein afrikanischer
Harem
 mit echten Bauchtänzerinnen.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten
 Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
 Täglich um 9 Uhr:
Die Spree-Amazone
 und 14 hervorragende Spezialitäten.
Die Spree-Amazone
 und 14 hervorragende Spezialitäten.
Die Spree-Amazone
 und 14 hervorragende Spezialitäten.
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert
 7 Uhr. — Anf. d. Vorstellung 8 Uhr.

Das Lokal Behlendorf, Teltower-
 straße 23, steht zur Verfügung; auch
 können Familien Kaffee kochen.
 1918b Herm. Warncke.

Sensationellster Erfolg der Saison.
Kiralfys „Orient“
 im
OLYMPIA-Riesentheater.
 Alexanderstrasse, Ecke Magazinstrasse.
 Heute und folgende Tage
2 Vorstellungen, nachmittags 5-7 Uhr, abends 9-11 Uhr
Grösstes Schaustück der Welt.
Feenhafte Wasserschauspiele, Grossartige Scenerien.
 Ca. 1000 mitwirkende Personen.
 im Olympia-Theater zu London über 500 Mal ohne
 Unterbrechung gegeben.
Beginn des Garten-Konzerts 4 Uhr.
 Der Vorverkauf ohne Aufgeld findet an der Theaterkasse vormittags
 von 10-11 Uhr und nachmittags von 3 Uhr an statt. Ausserdem sind
 Billets im Invalidendank zu haben.
Preise der Plätze von 0,50 M. bis 5,10 M. aufwärts.
 Für die Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder auf sämtlichen Plätzen
 die halben Preise!
 Der „Orient“ übertrifft alles bisher Dagewesene.
 Von Publikum und Presse einstimmig anerkannt.

Gewerbe-Ausstellung 1896.
Spezial-Ausstellung
KAIRO.
 Von 7 Uhr abends ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet
 direkt v. Köpnick Landstrasse u. v. Ausstellungs-Bahnhof zugänglich.
Waffensammlung d. Oheidiwe. — Ausstellungen egypt. Staatsbehörden. —
 Salon bedeutender Orientaler. — Holkapelle des Oheidiwe in Uniform.
 Riesen-Arena: Monstre-Aufzüge v. ca. 500 Arabern etc. um 5 u. 8 1/2 Uhr nachm.
Entree 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren **Elitetag (Dienstag) 1 M.**
 die Hälfte.
Kasseneröffnung 10 Uhr vormittags.
 Dauerkarten: à 15 M. f. Erwachsene; Kinder unter 12 Jahren 8 M.
 zu haben im **Direktionsbureau Kairo** und **Stangen's**
Reisebureau, Mohrenstraße 10.

Schweizer Garten
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 Täglich:
Konzert-Theatervorstellung.
Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.
 Im großen Saale
 während und nach der Vorstellung
Billets à 25 Pf.
 sind vorher
 in den Handlungen zu haben.
Ball. freier
 Damenanzug.
Entree 30 Pf.

Reichshallen

Im prach-
 vollen
 Garten
 Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.
 Täglich:
Norddeutsche Säger
 Stürmische Heiterkeit bei
Alle fünf Barrisons
 Neues Programm.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf., reserv. 50 Pf.
 Sonntags 7 Uhr, Entree 50 Pf.
 Vereine erhalten **Vorzugspreise.**
 Zur Abhaltung von Sommerfesten
 Saal und Garten bestens empfohlen.
 Kulanteste Bedingungen.

Kaufmann's
Variété-Sommer-
Theater
 Königstraße, Colonnaden.
 Im prachvollen
 neu renovirten Garten:
Spezialitäten-Parade.
Lezte Woche!
 jugkräft. Mai-Programms
30 Nummern.
Luri Luri Troupe.
Die Teufelsspiele.
Der Rattenkönig Barna.
 Bei ungünstiger Witterung
 Vorstellungen im Theater-saal.
 In Vorbereitung:
Das fahrende Volk.

Puhlmann's
Vaudeville-Theater.
 Große
 Elite-Theater-Vorstellung.
Mart. Berndt's Wärfelstube
 empfiehlt nach wie vor allen Freunden
 und Bekannten ihren vorzüglichen
 Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.
 Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab:
 ff. Eisbello. Für gute Biere ist selbst-
 verständlich bestens Sorge getragen. Um
 zahlreichen Besuch bitter Martin Berndt,
 Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
 Berlin und Umgebung.
Sonntag, den 31. Mai 1896, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Former und Gießerei-Arbeiter
 im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
 Tages-Ordnung:
 1. Die neueren Machinationen der Gießereibesitzer und wie verhalten
 wir uns dazu? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden
 Kollegen, zu erscheinen. Die nicht organisierten Kollegen sind als Gäste will-
 kommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 293/4 Der Vorstand.

Achtung! Klempner Achtung!
Mittwoch, den 3. Juni, abends 8 Uhr,
 in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 21/22, 1 Tr. (gr. Saal):
Grosse öffentliche Klempnerversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie erhalten wir das im Frühjahr Erzeugene aufrecht?
 Referent: **O. Naether.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 In dieser Versammlung werden Marken kastirt und ausgegeben.
 Alle bis Ende April von mir entnommenen Marken und Listen müssen
 bis Dienstag, den 2. Juni, bei mir abgerechnet werden, widrigenfalls ich die
 Säumigen veröffentlichen. Unterzeichneter kastirt jeden Abend von 6-9 Uhr
 in der Wohnung, Sonnabends unten im Lokal. 292/11
F. Zimmermann, Vertrauensmann, Pückerstr. 55, S. p.

Verband der Möbelpolierer.
 Die Versammlung am Montag findet nicht statt. Die Mit-
 glieder werden ersucht, dem früheren Uhrhändler Friß Schöneberg,
 Fischer Stephan Nowack und Amtenbring, welche bei Just,
 Blumenstr. 30, die Polierarbeit verrichten, sowie anderen Kollegen mit-
 zuteilen, daß der Streik bei Just wegen Lohnabzug noch nicht
 beendet ist. 290/4
 Der Vorstand.

Tapezierer.
Montag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in dem Lokale
 Lindenstraße Nr. 106:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 180/7
 1. Vortrag des Abg. **Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Bericht über den
 Stand des Streiks bei der Firma **Bodenheim & Meyer,** Bellealliance-
 straße 84. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 180/7 **Der Einberufer.**

Billigste Gelegenheit
 einer vorzüglichen Beföstigung
 in der Gewerbe-Ausstellung
Brauerei - Ausschank
 der
Brauerei Pichelsdorf
 im Vergnügungspark (vom Eingang links geradezu).
Diners bestehend aus: Suppe, Fisch oder Fleisch, —
 Salat mit Kompot und Salat,
 Eis — Butter und Käse — von 1-4 Uhr
 zu **0,80 Pfennig.**
 Reichhaltige Speisekarte zu sehr billigen Preisen.
Vorzügl. helles u. dunkles Pichelsdorfer Lagerbier
à Glas 15 Pf. 57/20
Musik der eigenen Matrosen-Kapelle.
 Abends glänzende Beleuchtung.
 Raum für 6000 Personen. — Entree frei. —

Stockarbeiter!
Waldhaus Sandhausen
 „Waldhaus Sandhausen“,
 nahe dem Lohmütz- u. Grabowsee,
 fünfzehn Minuten vom Bahnhof rechts.
 Empfehle den Genossen mein Lokal
 zu Ausflügen. Dasselbe ist am Walde
 gelegen, mit großem schattigen Vor-
 und Hintergarten, gr. Pariser Tanzsaal,
 Konzertbühne, für Gesangsvereine vorz.
 geeignet. Kl. Saal für Gesellschaften etc.
 zur gefl. Benutzung. 46962
J. Woyde, Gastwirth.
 Einziges Verkehrslokal der Genossen
 von Oranienburg und Umgebung.

W. Noack's
Sommer-Theater.
 Brunnenstr. 16.
 Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
 und Donnerstag:
Gr. Ball.
 Im
 Saal:
Das Königreich der Weiber.
 Operette in 5 Bildern von Willäder.
 Julius Ernst, Liebersänger.
 Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette.
 Willi Reuschel, Gesangs-Humorist.
 Janka Rosl, Opernsängerin.
 Geschw. Romany, Gesangs-Duetten.
Restaurant „Zum Wäghsch“.
 Georg Schulmeisterstr.
 Treptow, Neue Krug-Allee 4.
 3 Minuten hinter dem Paradies-Garten.
 Gr. schattiger Garten, Kaffeeküche,
 à Liter 60 Pf. Zwei Kegelbahnen.
 Zimmer für Vereine. Ausschank von
 Fruchtweinen der eigenen Kelterei
 à Glas 10 Pf. 49712
 Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Einem Theil der heutigen Aus-
 lage unseres Blattes liegt ein
 Prospekt der Firma W. Grünberg
 Nachf., Modewaaren-Verkaufs-
 haus, Müllerstr. 181, bei.

Die sächsische Gerechtigkeit.

I. Die sächsische Gerechtigkeit im Kampfe mit Sozialdemokraten. Aus Dresden wird uns vom 28. Mai geschrieben: Eine Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts besaß sich heute unter dem Vorsitz eines Assessors Dr. Heiß mit einer Uebersetzung der Kinderfest-Erlasse, jener bekannten Produkte der „gewissten Kompetenz“.

II. Die sächsische Gerechtigkeit gegen Betrüger. Wie eine ewige Krankheit hat sich in dem weithin bekannten Kohlen-Großgeschäft der Herren Paul Arthur von Rohrscheid und Hans Kaspar Amandus von Rohrscheid eine „Anstalt“ forterbirt, die jedenfalls ein sehr sonderbares Licht auf das Geschäft dieser Herren wirft.

Unter Vorsitz des Herrn Dr. Weingart besaßte sich gleichfalls am 28. Mai das Schöffengericht mit dieser Angelegenheit. Die Beschwerdeführer erklärten, sie hätten von dem Geschäftsgeld keine Kenntnis gehabt, hätten es aber auf keinen Fall angeordnet.

Herr v. Rohrscheid erklärt die Zeugen für besungen, dieselben seien alle in Feindschaft fortgegangen, ja der eine habe sogar einmal gerufen: „Doch die Arbeitergehalt! Nieder mit dem Kapital!“ Der Einspruch des einen Beschwerdeführers wurde (lediglich aus formellen Gründen) zurückgewiesen, während der andere freigesprochen wurde, und zwar mit etwa folgender Begründung: Das Gericht hat angenommen, daß in dem Geschäft die Konsumenten thätiglich „zu kurz gekommen“ seien.

Ver sammlungen.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbier, Friseur u. s. w. tagte am 18. d. M. Unter anderem hielt Grindel seinen Schlussvortrag über: Die Entfaltung des Barber-, Friseur- und Perrückenmacher-Gewerbes.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 21. Mai eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Th. Meyner in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „Den Kampf ums Dasein“ sprach.

Die Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Donnerstag eine Versammlung im Schützenhause ab. Nach einem Vortrage von Fr. Baader über die Frauenbewegung berichtete Butry über den gegenwärtigen Ausstand.

Die dem „Vorwärts“ in der Diskussion gemachten Vorwürfe halten wir für vollständig ungerechtfertigt. Redaktionen haben wir bisher in der Angelegenheit gar keine Stellung genommen, sondern bereitwilligst der Lohnkommission zu ihren Anträgen den Raum des „Vorwärts“ zur Verfügung gestellt.

Die Banarbeiter in Rixdorf hatten am 17. Mai eine Vereinsversammlung einberufen. Nachdem die Abrechnung vom letzten Quartal, die einen Bestand von 21,45 M. aufweist, verlesen war, verhandelte die Versammlung über den Anschluß an den Zentralverband.

Im Arbeiter-Bildungsverein von Friedrichsfelde und Umgegend hielt am 21. Mai Genosse Gutheit einen recht interessanten Vortrag über das Invalidentum, Anfall und Krankentouren-Gesetz.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-9 Uhr Schulung in Waldemarstr. 11. Reduzierung. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens, Lehre von Aufbau eines Vortrags) Herr Heinrich Schulz. - Raabstr. 179a: National-Ökonomie.

Arbeiter-Kundendienst Berlin und Umgegend. Wanderungen im Reichstagsgebäude am 21. Mai. Die Arbeiter-Kundendienst Berlin und Umgegend. Wanderungen im Reichstagsgebäude am 21. Mai. Die Arbeiter-Kundendienst Berlin und Umgegend.

Vermischtes.

Der Colson in den Vereinigten Staaten am Montag hatte eine Geschwindigkeit von 80 englischen Meilen in der Stunde. St. Louis im Staate Missouri erreichte er um 5 1/2 Uhr nachmittags und wühlte eine halbe Stunde.

Hygienische Taschentücher aus japanischem Seidenpapier werden jetzt von Ärzten vielfach verordnet. Die Anwendung derselben empfiehlt sich in allen denjenigen Fällen, in welchen es ratsam erscheint, den Auswurf von Kranken durch Verbrühen oder auf andere Weise zu vernichten.

Meteorologische Börsenkunde werden in einigen Tagen von dem Postbureau in Washington eingeführt werden. Angehts der zunehmenden Bedeutung und Inverlässlichkeit der Wetter-Prognosen ist der Postdirektor Wilet in Washington auf die Idee gekommen, dem Stempel, mit welchem die Postsendungen zur Entwertung der Marken versehen werden, kurze Zeichen bezüglich der Witterungsaussichten für den folgenden Tag einzufügen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieck's Verlag) ist soeben das 28. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Drei Prozesse. - Staatlich und politischer Malenkreis. Von Parvus. - 3. Der Volkstreue gegen die Sozialdemokratie.

Ethische Kultur. Die Nummer 22 des 14. Jahrganges vom 30. Mai 1896 hat folgenden Inhalt: Der verarbeitete Arbeiter. - Die „Women's Cooperative Guild.“ Von Helene Simon. - Benjamin Kidd über Klassenkampf und Ethik.

Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik enthält in ihrer neuesten Nr. 35 folgenden interessanten Aufsätze: Die Frage der Frauenarbeit in Wien. Von Adolph Dr. G. v. Hübl. - Aus dem Reichstheil der Arbeit: Bekämpfung sozialer Reformen in Deutschland. - Progressive Bewegung des Westens nach dem Rückzug in Japan. - Kommunales Wohlfahrtswesen in Japan.

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenbildung in der Provinz. Von Dr. G. v. Hübl. - Die Arbeiter- und Arbeiterinnenbildung in der Provinz. Von Dr. G. v. Hübl. - Die Arbeiter- und Arbeiterinnenbildung in der Provinz.

Le mouvement social, Revue internationale d'economie, d'histoire et de philosophie. Paris: tout les mois en un fasc. de 96 pages fr. 10-20. Abonnements annuels: France, 18 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris.

Der Kampf gegen die Ärzte von Dr. med. Otterbein. (Verlag von G. v. Hübl, Berlin W. 28. Abzugpreis 50 Pf.)

Die letzte Station. Stoffe aus und über die Arbeiterbewegung. Von C. W. Hübl. - Die letzte Station. Stoffe aus und über die Arbeiterbewegung. Von C. W. Hübl.

Große Berliner Schneider-Akademie

Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
 Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule,
 garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der
 Herren-, Damen- und Wäschschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden
 Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum
 Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Hauseingang: nur Nr. 1.
 4038L* Die Direktion (früher K u b n).



Parteigenossen!

Hüte Kontrollmarke,
 nur mit
 Schirme, Stöcke, Kravatten.
 Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2,
 Ecke Skalitzerstr. 2.

Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen
 von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider
 Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
 Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatt im Hause.

Deutsche Schuh-Fabrik

Erfurt

liefert
 Schuhwaren en gros & en detail
 in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
 den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
 und
Rosenthalerstr. 63/64
 verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten
 Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und
 Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist:
 Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer
 Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
 Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,
 in nur reeller Ausführung.

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer
98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Zahnärztliche Klinik Wedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl.
 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,
 echten alten Nordhäuser Liter 1, —, 1/2 Liter 0,50,
 extra alte Waare 1,40, 0,70,
 echten alten Kornbrandwein (besten Erfay f. Cognac) Fl. M. 1,50, 1/2 Fl. M. 0,80.

Ostbahn - Park
 Rüdorsdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle
 unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
 Kaffeehölche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volkshelmspiele jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
H. Jmbs.

Schloss Weissensee vormals zum Sternecker.
 Sonntag, den 31. Mai 1896: [19236]
Grosses Konzert.
 Gr. Land- und Wasser-Feuwerk. — Großer Ball.
 Anfang 4 Uhr. — Entree 20 Pf. **Rud. Schenk.**

Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
 Eröffnung Anfang Juni. 52339*
 Restaurant, großer schattiger Garten.
 Festäle und Vereinszimmer jeder Größe.

Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen. **Grünau.** Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen.
Gastwirthschaft G. Lindenhann, Friedrich-
 Garten — Kegelbahn — Kleiner Saal mit Piano — Verkehrslokal der
 Arbeiter-Bildungs- und Gesangsvereins. — Speisen und Getränke in bekannter
 Güte. Gr. Weiss 20 Pf. 1/20 Bötrow Versand 15 Pf.

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal
 v. H. Günther, Frankfurter Allee 18.
 Vereinszimmer mit Piano, 60 Pers.
 fassend, zu vergeben. 51858*

Ausverkauf!
 Berl. Gewerbe-Ausstellung 1896
Kosthalle
 Berliner Großdestillateure.
 Abtheilung Nr. 12:
Julius Abraham
 empfiehlt seine bekannten [5209L*]
 Spiritosen und Spezialliköre.

W. Marten's Vereinshaus
 Ackerstr. 123 52198*
 ist für Gesang- und gefellige Vereine
 Sonntags von 5 Uhr an, ebenso
 Donnerstags abends noch zu vergeben.

Paster's
Gesellschafts-Säle
 Neue Königstrasse 7.
 Säle von 100-400 Personen
 mit Garten für Festlichkeiten und
 Versammlungen. 5018L*

Sänger's Ruh
 Gust. Haensel
 Becklshof (Wannsee)
 in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee
 sowie Wannsee zu erreichen.
 Großer schattiger Garten, Kaffeehölche,
 Kegelbahn u. s. w. Vorzüglic. Speisen
 und Getränke. 50562*
 Große verdeckte Hallen u. Saal für
 Vereine und Gesellschaften stehen zur
 Verfügung. Bei größeren Partien
 Preisermäßigung.

Carl Ulrich, Buffetier.

Vereinszimmer mehrere Tage frei.
 Fliek, Simeonstr. 23.*
Restaur. Spree-Schloss
 Bes.: Ernst Brüning.
 Friedrichshagen, Seestr. 23.
 Erstes Wasser-Lokal Friedrichshagens
 mit Dampf-Anlegestellen, großem
 schattigen Garten, Saal, Kegelbahn.
 Bairisch Bier Seidel 10 Pf., Berliner
 Weiße 20 Pf., Ruderboote 1 bis 3
 Personen Stunde 50 Pf. 21268*

Möbel-Ausverkauf,
 passende Gelegenheit für Brautleute. In
 meinem größten Möbeldepot, Neue König-
 strasse 69, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen,
 vertrieben gewesene und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
 sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir
 möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100,
 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung, Kleiderpinsel 15 Mark,
 Kommoden, Küchenspinde 15, Kuchenspinde
 10, Bettstellen 30 Mark, Waschspindel
 25, Bettstellen mit Matrassen 15 Mark, Sophas
 15, Säulenpinsel, Kleiderpinsel, hochlegant 60,
 Trümeaux mit Säulen und Stoffhölzern 40,
 Gervenschränke, Tischspinnereien 40 Mark,
 Vaneilsophas 75 Mark, Steppdecken, Tisch-
 decken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Gelaufte
 Möbel können drei Monate kostenfrei auf
 meinem Aufwahrungspfadlager lagern, werden
 durch eigene Kelpanne transportirt, auch nach
 außerhalb. 4881L*

Achtung! **Achtung!**
 Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg.
 wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
 ziehen, Zahnreinigen, Nervtöden bei
 Bestellung unkonst.
 Gudel, Laufherplatz 2, Galfasserstr. 12

Milchkübel,
 Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
 Jordan,
 Kleine Markus-Straße Nr. 28.

Herren-Hüte 65 Pf.
 Confirmanden u. bessere
 Hüte, enorm billig, verkauft das
 Fabrik-Komptoir 5051L*
Barnimstr. 45,
 Geöffnet bis 10 Uhr abends
 auch Sonntags.
Kastanien-Allee 101.

Gänzlicher 14865*
Möbel - Ausverkauf
 wegen Räumung des Ladens zum
Selbstkostenpreise.
 Fr. Anna Wildberger,
 Lübeckerstraße 31 (Moabit).

Martin Meyerstein
Magazin für elegante Herren-Moden
 Berlin W., Friedrichstr. 72, zwischen Tauben- und Jägerstrasse.
 Fertige Anzüge in ersten Qualitäten und bester Arbeit von 30 Mark an.
 Anfertigung nach Maass stellt sich 6 Mark theurer.
 Die Firma besteht seit 1848.
 Ich bitte, um Verwechslungen zu verhüten, genau auf meine Firma zu achten. 5236L*

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Sommerhalbjahr
 1896.

Südost-Schule, Waldemarstr. 14.
 Dienstag:
Öffentliche Gesundheitspflege. (Nahrungs- und Genussmittel, Wohnung
 und Gesundheit, öffentlicher Rinderschutz, Schulgesundheitspflege, Fabrik-
 geschebung, Fürsorge für Arbeiterinnen.) Herr Dr. Gustav Hoymann.
 Mittwoch:
Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart
 mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der
 politischen Parteien Deutschlands.) Herr Dr. C. Pinn.
 Donnerstag:
Deutsch. (Wie in der Nordschule.) Herr Heinrich Schulz.
 Freitag:
National-Ökonomik. (Die Mary-Engels'schen Lehren. Werth, Mehrwerth,
 Kapital.) Herr Dr. Alfred Bernstein.
 Sonnabend:
Rede-Übung. (Wie in der Nordschule.) Herr Heinrich Schulz.
Nord-Schule, Müllerstr. 179 a.
 Dienstag:
Natur-Erkennntnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Revolution
 durch Kopernikus, Galiläi und Newton. Experimentelle Forschung.
 Philosophie und naturwissenschaftliche Forschung. Innerer Zusammenhang
 der Naturkräfte. Rob. Mayer, Helmholtz. Gesetz von der Erhaltung der
 Kraft und des Stoffes. Einheitlichkeit der Materie. Grundzüge des
 Darwinismus.) Herr Dr. C. Joël.
 Mittwoch:
Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsatzlehre.)
 Herr Heinrich Schulz.
 Donnerstag:
Geschichte. (Wie in der Südostschule.) Herr Dr. C. Pinn.
 Freitag:
Rede-Übung. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen
 Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz.
 Sonnabend:
Nationalökonomie. (Allgemeine Nationalökonomie. Wesen der gesellschaft-
 lichen Arbeit. Die verschiedenen Produktionsformen. Das Charakteristische
 der kapitalistischen Produktionsform. Theorien zur Erklärung des Kapitalis-
 mus, die klassische Nationalökonomie. Mary's Fortführung und Kritik:
 Werth, Mehrwerth, Zirkulation des Kapitals, Profit, Handelsgewinn,
 Grundrente. Die Tendenzen der freien Konkurrenz und der Emanzipations-
 kampf der Arbeiterklasse. Die ökonomische Theorie von Mary in ihrem
 Verhältnis zur materialistischen Geschichtsauffassung.)
 Herr Dr. Conrad Schmidt.

Der Unterricht beginnt pünktlich um 9 Uhr abends und endet pünktlich
 um 10 1/2 Uhr.
 Die Schulräume sind täglich von 8 Uhr abends an geöffnet (Sonntags
 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zur Benutzung des Zeitungs-,
 Zeitschriften- und Büchermaterials zu geben. Es liegen in beiden Schulen
 fast sämtliche proletarischen, sowie die wichtigsten bürgerlichen Tageszeitungen,
 außerdem eine große Anzahl von wissenschaftlichen Revuen, Fachschriften, Ge-
 werkschafts- und Bibliotheksausgaben.

In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen Ver-
 sammlungen abgehalten, in denen wichtige Fragen allgemeinen Interesses in
 populär-wissenschaftlicher Weise erörtert werden. Unter fachkundiger Leitung
 werden ferner wissenschaftliche, künstlerische und gemeinnützige Institute be-
 sucht, um neben der speziellen Ausbildung unserer Mitglieder auch für ihre
 allgemeine Bildung zu sorgen.

Der Mitgliedsbeitrag sowie das Unterrichtsgeld für jedes Unterrichts-
 fach beträgt monatlich je 25 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten bei
 Beginn jeden Semesters) sowie die Zahlung der Beiträge erfolgt in beiden
 Schulen und in den nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

- | | |
|--|---|
| S. Schöning, Köpnickestr. 68. | N. Nord-Schule, Müllerstr. 179a. |
| SO. Südost-Schule, Waldemarstr. 14. | Gnadt, Butznerstr. 32. |
| Schulz, Admiralstr. 40a. | Gleinert, Müllerstr. 7a. |
| SW. Grube, Mariendorferstr. 5. | Babel, Rosenthalerstr. 57. |
| Windhorst, Junkerstr. 1. | NO. Reul, Barnimstr. 42. |
| O. Moritz, Langestr. 65. | NW. Löffler, Stendalerstr. 12. |
| | W. Werner, Bülowstr. 59. |

Der Vorstand.
 NB. Alle Briefe, Anfragen und Zusendungen zc. sind an den Vor-
 sitzenden, Schriftföhrer **Heinrich Schulz,** Berlin in SO. 16, Kaiser-Franz-
 Gensendierplatz 7, alle Geldsendungen an den Kassirer **H. Königs,** Berlin S. 59,
 Tiefenbachstr. 30, zu richten. 57

Möbel u. Polsterwaren,
 reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, 49928*
 Berlin SW., Blücher-Straße 14.

Schlecht ist die Zeit und knapp das
 Geld,
 Doch **Hosen** braucht ein jeder Mann,
 Drum gehet hin und seht Euch an,
 Was diese Firma leisten kann.
 Die weitbekannte 51978*
Hosen-Fabrik
 Gormannstr. 2 L.
 verkauft auch einzeln zu Fabrikpreisen.
Billiger wie jede Konkurrenz!
 Zwirnhose 2,10 M.
 Damb. Federhose, extra stark 3,15
 Stoffhose 3,50-7,50
 Nur bestes Material und gute Zuthaten.

Jede Uhr
 repariren u. reinigen kostet
 bei mir unter Garantie des
 Gutgehens nur 1 M. 50 Pf.
 außer Bruch, kleine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regula-
 toren und Weder, alle Arten Ketten,
 sowie Brillen und Fincenez.
Carl Lux, Uhrmacher,
 35, Chaussee-Strasse 35.

Künstl. Zähne.
 F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
 Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Reell und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-
 fabrik von **W. Hirschko,** gegründet 1872,
 Skalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
 am Kottbuser Thor. 50158*

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
 5023L*
H. F. Dinslage,
 Kottbuserstr. 4, Hof part.

M. J. Hahlo,
 Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und
Verwerthung. [50148*]
 Rath, Auskunft und
 Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande.
Nussbaum-Einrichtung,
 extra bestellt gewesen (neu), sofort mit
 größerem Verlust zu verkaufen. Händler
 verbeten. Admiralstr. 8, v. 1 Tr. L.
 Hochmoderne Capes noch heute und
 morgen zu jedem annehmbar. Räumungs-
 preisen verkauft Arbeitsstoffe **Prünz-**
 straße 46, Hof rechts 1 Tr. 1916b